Bergischer Volksbote

Amtliches Verkündigungs-Blatt

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- u. Feiertags
Bezugspreis: Monatlich durch unsere Boten gebracht einschließlich aller Beilagen 2 RM

Burscheider Zeitung

für die Stadtgemeinde Burscheid

Anzeigenpreise: 1 mm Höhe u. 45 mm Breite im Anzeigenteil 8, auswärts 12, im Reklameteil (65 mm breit) 30 Rpf — Anzeigen-Rabatt wird nur gewährt bei pünktlicher Zahlung

Beilagen Der Sport vom Sonntag (Montag), Unterhaltungsbeilage (Dienstag), Aus dem Reiche der Frau (Mittwoch) Unterhaltungs-Beilage (Donnerstag), Landmanns Sonntags-Blatt (Freitag), Der Sonntag (Samstag)

Nr. 152 | Redaktion u. Geschäftsstelle Burscheid, Mittelstraße 10 | Burscheid, Freitag, 1. Juli 1932 | Postscheckkonto 28571 Köln Fernsprech-Anschluß Nr. 431 | 72. Jahrgang

Die Zeitungsverbotsforderung

Der preußische Minister des Innern ruft das Reichsgericht an

Der Minister des Innern, Severing, hat auf das Ersuchen des Reichsministers des Innern, den „Vorwärts" und die „Kölnische Volkszeitung" auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen vom 14. Juni 1932 auf fünf Tage zu verbieten, am 29. Juni d. J. geantwortet, daß er die gesetzlichen Voraussetzungen für Verbotsmaßnahmen gegen diese beiden Zeitungen nicht als gegeben erachte. Der preußische Minister des Innern hat daher gemäß § 7 Abs. III Satz 2 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. Juni 1932 die Entscheidung des Senats des Reichsgerichts angerufen.

Aus der Begründung der Stellung des preußischen Ministers des Innern teilt der Amtliche Preußische Pressedienst u. a. mit:

I. Zum geforderten Verbot des „Vorwärts"

„Ich vermag nicht anzuerkennen, daß durch die beanstandeten Veröffentlichungen der Herr Reichspräsident oder die Reichsregierung bestimmt oder böswillig verächtlich gemacht würden; auch sehe ich in diesen Veröffentlichungen keine Gefährdung lebenswichtiger Interessen des Staates durch die Behauptung unwahrer oder entstellter Tatsachen.

Soweit das von dem Herrn Reichsminister des Innern angeregte Verbot auf § 6 der Verordnung vom 14. Juni 1932 gestützt werden soll, muß der Tatbestand der Beschimpfung ausscheiden, weil das Merkmal einer besonders rohen Form nicht gegeben ist. Auch bezüglich des alternativen Tatbestandes der böswilligen Verächtlichmachung fehlt es schon an dem objektiven Merkmal. Die Auslassungen der Zeitung in der Sondernummer behaupten nun zwar, daß zwischen der Aufhebung des Uniformverbots einerseits und den wirtschaftlichen Lasten der Notverordnung vom 14. Juni 1932 andererseits ein politischer Zusammenhang bestehe. Die scharfe Kritik vom Standpunkt derjenigen Staatsbürger, als deren Sprachrohr der „Vorwärts" als Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei anzusehen ist, kann ich indeß noch nicht als Kundgebung ansehen, die den Herrn Reichspräsidenten und die Reichsregierung als mit einem sittlichen Makel behaftet hinstellen und sie als der Achtung der Volksgenossen unwürdig erscheinen lassen will.

Die von dem Herrn Reichsminister des Innern für die Stützung des Verbots gegebene Begründung vermag ich besonders aus rechtlichen Erwägungen heraus ebenso wenig als durchschlaggebend anzuerkennen. Eine Gefährdung lebenswichtiger Interessen des Staates im Sinne dieser Bestimmung könnte nur dann vorliegen, wenn durch die zu beanstandende Veröffentlichung die Gefahr ernsthafter Gewalttätigkeiten oder anderer innerer Unruhen hervorgerufen wurde. Daß aber die Auslassungen in der Zeitung die Hervorrufung von Gewalttätigkeiten der vorbezeichneten Art besorgen ließen, vermag ich um so weniger anzuerkennen, als der auf derselben Seite in der mittleren Spalte oben abgedruckte, bestimmt ernst gemeinte Aufruf „Sozialdemokraten! Republikaner! Bewahret kaltes Blut!" zur Zurückhaltung und zur Unterlassung von Gewalttätigkeiten auffordert."

II. Zum geforderten Verbot der „Kölnischen Volkszeitung".

„Ich vermag nicht zu erkennen, inwiefern die Ausführungen des beanstandeten Artikels eine nach Form oder Inhalt besonders verletzende rohe Aeußerung der Mißachtung gegenüber dem Herrn Reichskanzler enthalten sollte. Die Ueberschriften „Schwere Mißgriffe des Herrn Reichskanzlers" und „Ist Herr von Papen noch als Delegationsführer möglich?" stellen lediglich eine Kritik an der politischen Haltung des Herrn Reichskanzlers auf der Lausanner Konferenz dar. Mehr als eine solche Schärfe aber doch sachliche Kritik, wie sie übrigens von Blättern der politischen Rechten noch vor ganz kurzer Zeit im Hinblick auf die Außenpolitik der Regierung des früheren Herrn Reichskanzlers in ungleich schärferer Form völlig unbeanstandet geübt werden konnte, kann meines Erachtens in diesen Ausführungen keinesfalls gesehen werden.

Ob der Herr Reichskanzler durch die Ausführungen des Artikels in objektiver Hinsicht verächtlich gemacht worden ist, kann dahingestellt bleiben. Trotz aller Schärfe der geäußerten Kritik liegt es auf der Hand, daß die Angriffe rein sachlichen und nationalen Motiven, vor allem auch der Sorge um die innere Einheit des deutschen Volkes bei seinem Ringen um die äußere Befreiung entsprungen sind.

Der Tatbestand der Ziffer IV konnte, da er die Behauptung oder Verbreitung unrichtiger oder entstellter Tatsachen zur wesentlichen Voraussetzung hat, nur in dem Abdruck des Interviews erblickt werden, das der Herr Reichskanzler nach einer Meldung des „Matin" französischen Pressevertretern gewährt haben soll. Die Tatsache der Veröffentlichung im „Matin", die — soweit ich übersehen kann — von einem sehr großen, wenn nicht dem überwiegenden Teil der deutschen Presse, und zwar auf Grund einer Mitteilung des zu amtlichen Verlautbarungen der Reichsregierung stets benutzten Wolffschen Telegraphenbüros gebracht worden ist (Anmerkung der Redaktion des Conti-Dienstes: Das Interview ist von einer rheinischen Relais-Agentur des WTB. versehentlich ausgegeben worden), wird wohl nicht bestritten. Insofern liegt also jedenfalls keine Behauptung oder Verbreitung einer unwahren oder entstellten Tatsache vor. Ob der von dem „Matin" veröffentlichte Wortlaut des Interviews richtig war, konnte von der deutschen Tagespresse unmöglich nachgeprüft werden.

Die Richtigstellung, die der Herr Reichskanzler durch das WTB. über den Inhalt des Interviews hat verbreiten lassen, nötigte die deutschen Zeitungen jedenfalls nicht, ihren Lesern den Text der Veröffentlichung des „Matin" vorzuenthalten; die Veröffentlichung der Richtigstellung hatte vielmehr überhaupt erst dann einen Sinn, wenn auch der Text der Veröffentlichung des „Matin" bekanntgegeben wurde. Der selbstverständlichen Pflicht, auch die Richtigstellung zu bringen, ist die Zeitung nachgekommen.

Schließlich vermag ich nicht zu ersehen, inwiefern der Abdruck des im „Matin" veröffentlichten Interviews in einer solchen Zeitung lebenswichtige Interessen des Deutschen Reiches auf dem Gebiet der Außenpolitik gefährden sollte. Ein Verschweigen in der deutschen Presse hätte die Tatsache der französischen Veröffentlichung nicht aus der Welt schaffen können. Jedenfalls forderte die Erörterung in der Oeffentlichkeit die Richtigstellung des im „Matin" veröffentlichten Interviews und stärkte durch die einhellige Ablehnung der dem Herrn Reichskanzler unterstellten Aeußerungen meines Erachtens den Rückhalt der deutschen Delegation in der öffentlichen Meinung der Heimat beachtlich."

Die Arbeitsgemeinschaft der rheinischen Presse an den preußischen Innenminister

Die Arbeitsgemeinschaft der rheinischen Presse hat an den preußischen Minister des Innern, Severing, ein Telegramm gesandt, in dem sie als berufene Vertretung der rheinischen Zeitungsverleger und Redakteure Einspruch gegen das vom Reichsminister des Innern an den preußischen Minister des Innern gerichtete Ersuchen erhebt, die Kölnische Volkszeitung auf fünf Tage zu verbieten.

Reichsgerichtsentscheidung voraussichtlich nächste Woche

Wie die Kölnische Volkszeitung mitteilt, ist für die Entscheidung über die Presseverbote der Vierte Strafsenat des Reichsgerichts zuständig. Soweit bekannt, werden die Verhandlungen unter Leitung des Staatspräsidenten Dr. Buenger stattfinden. Den Termin für die Verhandlungen setzt der Senat fest. Man rechnet mit Dienstag oder Mittwoch nächster Woche. Der Senat hat auch darüber zu entscheiden, ob eine mündliche Verhandlung stattfindet oder ob der Spruch auf Grund der schriftlichen Anträge der Innenminister des Reiches und Preußens gefällt wird. Für den Fall, daß eine mündliche Verhandlung angesetzt wird, wird Ministerialdirektor Dr. Badt den Antrag Preußens vertreten.

Unruhe an der Berliner Universität

Ueber die Unruhen an der Berliner Universität berichtet das Contibüro: Nach der Pause um 11.15 Uhr begaben sich eine große Anzahl rechts- und linksstehender Studenten nicht in die Hörsäle, sondern blieben im Vestibül der Universität. Der Rektor forderte die Studenten auf, sich in die Hörsäle zu begeben. Diese Aufforderung wurde von rechtsgerichteten Studenten mit Johlen beantwortet. Die nationalsozialistischen Studenten stimmten Lieder an und riefen im Sprechchor: „Juden raus!" Der Vorsitzende der nationalsozialistischen Studentengruppe erklärte in Gegenwart des Rektors, es sei für einen Deutschen entehrend, mit einem Juden in einem Raume zusammen zu sein, weshalb sie das Vestibül nicht räumen würden, bevor die Juden es verlassen hätten. Schließlich erklärte der Führer der linksorientierten Studenten, diese würden, um einen Krawall zu vermeiden, zuerst gehen, wenn die Nationalsozialisten ihre Rufe „Juden raus!" unterließen und auch das Pfeifen einstellten. Ungeachtet der Drohung des Rektors, die Polizei holen zu lassen, begannen die Studenten beider Gruppen aufeinander einzuschlagen.

Daraufhin teilte Rektor Lüders mit, daß die Universität Donnerstag geschlossen sei und forderte die Studenten auf, das Gebäude zu räumen.

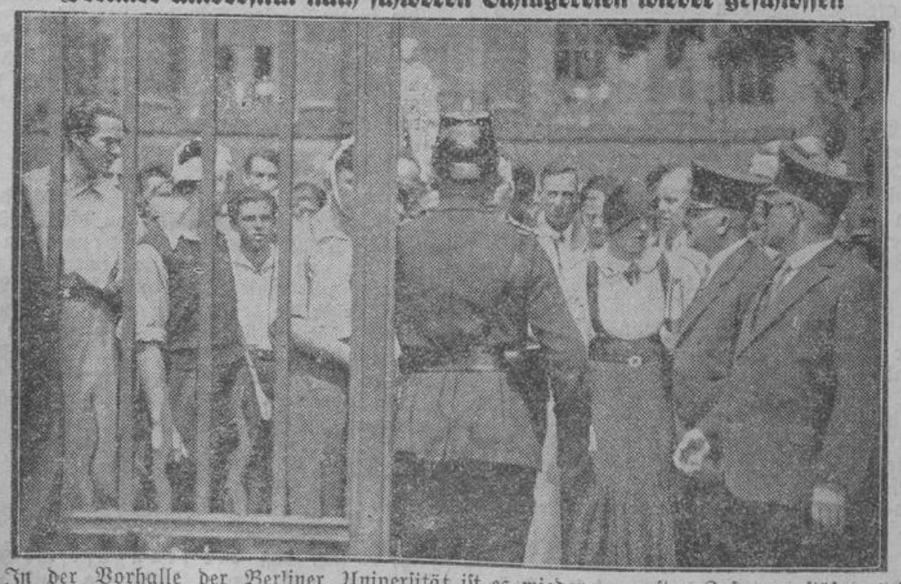
Eine weitere Contimeldung berichtet:

Bei den Krawallen an der Universität wurden vier linksgerichtete Studenten erheblich am Kopf, ein weiterer leichter verletzt. Sie mußten sich in ärztliche Behandlung begeben.

Am Nachmittag trat der Rektor der Universität mit den Führern der Studentenverbände zu einer Besprechung zusammen. Im Verlaufe dieser Besprechung gaben die Vertreter der sozialdemokratischen, der kommunistischen und der Studentengruppe der SAP. sowie die republikanische Studentengruppe eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt, nach Ansicht der linksstehenden Gruppen seien bisher alle Zusammenstöße an der Berliner Universität durch nationalsozialistische Provokationen hervorgerufen worden. Die linksgerichteten Studentengruppen hätten nach wie vor keinerlei politisches Interesse an den Raufereien und werden ihre bisherige Verhaltungsweise, d. h. die Verneinung jeglicher Provokationen, fortsetzen. Die Führer der nationalsozialistischen Studenten erhoben die Forderung, daß die Juden die Universität räumen müßten und hoben hierbei besonders hervor, daß sie nicht von ihrer Mindestforderung abgingen, wonach die Juden nicht mehr im Vestibül bleiben dürften. Der Rektor lehnte beide Forderungen ab.

Die Universität wird bis Sonnabend geschlossen. Am Freitag wird der Senat zusammentreten und zu den Vorgängen Stellung nehmen. Wenn die Nationalsozialisten an ihren Forderungen festhalten sollten, so wird die Universität bis Semesterschluß geschlossen bleiben. Das bedeutet, daß dieses Semester für die Studenten an der Berliner Universität nicht angerechnet werden wird.

Berliner Universität nach schweren Schlägereien wieder geschlossen



In der Vorhalle der Berliner Universität ist es wieder zu ernsten Zusammenstößen zwischen nationalsozialistischen und republikanischen Studenten gekommen. Da die Vermittlungsversuche des Rektors erfolglos blieben, endeten die Auseinandersetzungen mit einer schweren Schlägerei, die die Schließung der alma mater zur Folge hatte.

Immer wieder Zusammenstöße

Schwere Schlägerei in Walsum

Zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten kam es Mittwoch abend in Walsum. Vier Personen wurden durch Messerstiche zum Teil schwer verletzt. Der Nationalsozialist Emil Juraschkowitz aus Walsum erhielt einen Dolchstich in die Lunge, während der 20 Jahre alte Reichsbannermann einen lebensgefährlichen Dolchstich davontrug. Juraschkowitz schwebt in Lebensgefahr. Zwei weitere Reichsbannerleute erhielten Arm- und Beinstiche. Als die Nationalsozialisten Verstärkung heranholten, war das Ueberfallkommando aus Oberhausen schon eingetroffen und konnte der Schlägerei ein Ende machen. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen, wobei man eine Anzahl Schuß- und Stichwaffen fand. Ein Trupp Kommunisten, der vom nahen Ortsteil Wehofen im Anmarsch war, um dem Reichsbanner zu Hilfe zu kommen, wurde von der Polizei zerstreut. Gegen 2 Uhr nachts war die Ruhe wiederhergestellt.

Auch in Göttingen

kam es nach einem Werbeumzug des Stahlhelms zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten zu schweren Schlägereien, bei denen etwa 20 Personen verletzt wurden. Ein Reichsbannermann erlitt schwere Verletzungen durch Messerstiche.

Zwei Polizeibeamte mit ätzender Flüssigkeit begossen

Im Moabiter Unruheviertel wurden nachts zwei dort patrouillierende Polizeibeamte aus einem Hause mit einer ätzenden Flüssigkeit begossen. Trotz sofort angestellter Hausdurchsuchung konnte der Täter bisher nicht ermittelt werden. Welcher Art die Flüssigkeit ist, wird erst eine chemische Untersuchung ergeben können. Abgesehen von diesem bisher einzigartigen Vorgang ist die Nacht in Berlin ruhig verlaufen.

Polnischer Offizier erschießt einen deutschen Sportsmann

Am Mittwoch ereignete sich in dem Myslowitzer Stadion, das von Hunderten besucht war, eine Bluttat. Um 18.30 Uhr kam es zwischen einem Offizier aus Bendzin und dem Myslowitzer Sportsmann Emil Winterstein aus bisher unbekannten Gründen zu einer Auseinandersetzung, die schließlich in Tätlichkeiten ausartete. Der Offizier, der sich im Badekostüm befand, begab sich darauf in die Ankleidekabine, holte einen Revolver und schoß Winterstein eine Kugel durch den Kopf. Blutüberströmt brach der Getroffene zusammen. Eine wilde Panik brach unter den Badegästen aus, die gegen den Täter eine drohende Haltung einnahmen. Einige von ihnen griffen zu Revolvern und wollten den Offizier niederschießen. Durch den Bademeister geschützt, konnte er sich rechtzeitig in Sicherheit bringen und wurde später von einer Offizierspatrouille abgeholt, während der junge Winterstein in das Myslowitzer Krankenhaus übergeführt wurde, wo er, ohne die Besinnung wiedererlangt zu haben, starb. Winterstein war erst 26 Jahre alt; er erfreute sich unter allen Sportsfreunden und in weiten Myslowitzer Kreisen größter Beliebtheit.

Keine Kündigung der Lohnordnung im Ruhrbergbau

Aus Essen wird berichtet: Die Parteien werden von der Möglichkeit der Kündigung der Lohnordnung für den Ruhrbergbau zum 31. Juli keinen Gebrauch machen, so daß der Tarif mit monatlicher Kündigung um einen Monat bis zum 31. August 1932 weiterläuft.

Notverordnung über Reichsetat

Der Haushaltplan für 1932 ist gestern durch Verordnung des Reichspräsidenten in Kraft gesetzt worden. Die Notverordnung erscheint mit dem gestrigen Datum im heutigen Reichsgesetzblatt.

Zur zweiten Notverordnung gegen politische Ausschreitungen

Preußische Durchführungsbestimmungen

Dem Amtlichen Preußischen Pressedienst zufolge hat der Preußische Minister des Innern zur zweiten Verordnung gegen politische Ausschreitungen folgende Durchführungsbestimmungen erlassen:

Zuständig für das Verbot öffentlicher politischer Versammlungen und von Versammlungen und Aufzügen unter freiem Himmel sowie für die Genehmigung solcher Veranstaltungen unter Auflagen statt eines Verbotes nach § 1 der Verordnung des Reichsministers des Innern über Versammlungen und Aufzüge vom 28. Juni 1932 (R. G. Bl. 1, Seite 339) sind in Stadtkreisen und Orten mit staatlicher Polizeiverwaltung die Ortspolizeibehörden, im übrigen die Landräte.

Zuständig zur polizeilichen Beschlagnahme und Einziehung von Plakaten, Flugblättern und Flugschriften gem. § 3 der Verordnung sind außer den Ortspolizeibehörden auch die Landräte und der Polizeipräsident — Landeskriminalpolizeistelle 1 — in Berlin.

Die Beschlagnahme und Einziehung erstreckt sich auf den Bereich der Anordnungsbehörde; wird die Beschlagnahme und Einziehung vom Polizeipräsidenten — Landeskriminalpolizeistelle 1 — in Berlin ausgesprochen, so erstreckt sich die Wirkung der Maßnahme auf das ganze Staatsgebiet.

Die Nationalsozialistische Parteikorrespondenz

schreibt unter der Ueberschrift „Reichsrecht bricht Landfronde" u. a.: Durch die zweite politische Notverordnung ist der reichsrechtlichen Regelung bezüglich des Uniformtragens und der Demonstrationsfreiheit im ganzen Reichsgebiet Geltung verschafft worden. Damit ist einem rechts- und verfassungswidrigen Zustande, der von gewissen Länderregierungen noch mit Polizeigewalt aufrechterhalten wurde, ein Ende bereitet. Die NSDAP. erwartet, daß die Reichsregierung nunmehr auch über die Durchführung dieser Reichsnotverordnung allen schwarz-roten Sabotageversuchen gegenüber mit aller Entschiedenheit wacht.

Staatsrats-Einspruch gegen die politische Amnestie so gut wie sicher

Der Verfassungsausschuß des Preußischen Staatsrates beriet am Donnerstag über die von der nationalsozialistisch-kommunistischen Mehrheit im Preußische Landtag beschlossene Amnestievorlage. In der Aussprache wurden von allen Fraktionen mit Ausnahme der Kommunisten Bedenken gegen den Entwurf in seiner jetzigen Gestalt, vor allem auch gegen den vorgesehenen Amnestieausschuß des Landtages, vorgetragen. Den ablehnenden Standpunkt der Staatsregierung gegenüber der jetzigen Formulierung der Amnestie begründete in ähnlicher Weise wie vor dem Landtag Ministerialdirektor Dr. Huber vom Justizministerium. Der Ausschuß will die Abstimmungen erst am Freitagmittag durchführen, damit die Fraktionen Gelegenheit erhalten, sich nochmals mit der Materie zu beschäftigen. Es ist jedoch mit Sicherheit zu vermuten, daß sich eine Mehrheit für die Einlegung des Einspruches sowohl im Verfassungsausschuß wie auch in der anschließenden Vollsitzung des Staatsrates finden wird, zumal die Nationalsozialisten bisher im Staatsrat nicht vertreten sind. Wenn der Staatsrat den Einspruch beschließt, dann muß die Amnestievorlage als gescheitert gelten, da sie in ihrer augenblicklichen Fassung kaum die Zweidrittelmehrheit im Landtage erhalten könnte, die notwendig wäre, um den Einspruch des Staatsrates zu überwinden.

Aus den Parteien

Ein Aufruf der Eisernen Front

Die Reichskampfleitung der Eisernen Front veröffentlicht einen Aufruf, der sich u. a. gegen eine Machtergreifung der Nationalsozialisten wendet und besagt, der 31. Juli sei „ein Schicksalstag im Freiheitskampfe des deutschen Volkes". Die „Männer und Frauen des schaffenden Volkes" werden zum Schluß aufgerufen, sich „um das Freiheitsbanner der Eisernen Front" zu scharen und deren Symbole, die drei Pfeile, anzulegen.

Hirtsiefer über die Verhältnisse in Preußen

Auf einer außerordentlichen Tagung des Reichsarbeiterbeirats des Zentrums in Köln sprach u. a. der preußische Wohlfahrtsminister Hirtsiefer über die Verhältnisse in Preußen. Der Minister führte dabei, der Kölnischen Volkszeitung zufolge, u. a. aus, die Länder würden die Verantwortung für die Aufhebung der Uniformverbote und der Demonstrationsverbote restlos dem Reich überlassen, das im Gegensatz zu bewährten Staatsprinzipien, die Staatsautorität in Zeiten, die unruhig sind, schwächt. Wenn Göbbels, so fuhr der Minister fort, verlangt: Straße frei für die SA., so antworten wir mit dem Ausspruch des Herrn von Jagow: die Straße gehört dem Verkehr, ich warne Neugierige. Von einer Revolution werde sich die Regierung nicht überraschen lassen. Auch in Zukunft werde in Preußen die Straße dem Verkehr gehören. Vor Parallelen mit anderen Ländern sei zu warnen, weil wir die deutschen Verhältnisse nach deutschen Grundsätzen gestalten müssen. Einem Dank an die Polizei, die ungeheure Leistungen vollbracht habe, fügte der Minister die Versicherung hinzu, daß die Polizei auch in Zukunft ihre Pflicht tun werde, weil sie die anständigen Menschen hinter sich habe und jene 10 Millionen, die am 10. April sich bei der Reichspräsidentenwahl für Ruhe und Ordnung entschieden.

Dr. Lippert freigesprochen

In der Berufungsverhandlung der Beleidigungsklage des ehemaligen nationalsozialistischen Führers Stennes gegen den „Angriff"redakteur Dr. Lippert, der in der ersten Instanz wegen eines Artikels, in dem er Stennes vorgeworfen hatte, er sei Polizeispitzel gewesen, zu 300 RM. Geldstrafe verurteilt worden war, wurde Dr. Lippert freigesprochen, da er in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt habe.

Burgfrieden zwischen Zentrum, SPD. und Staatspartei?

Wie eine Berliner Korrespondenz hört, sind zwischen dem Zentrum, den Sozialdemokraten und der Staatspartei Vereinbarungen getroffen worden, daß diese drei Parteien in den kommenden Wahlkämpfen Burgfrieden wahren und sich gegenseitig nicht bekämpfen.

Zollerhöhungen der Schweiz und Norwegens

Der Bundesrat der Schweiz hat die Zollsätze für Schreibmaschinen, Geschwindigkeitsmesser, Kraftfahrzeuge und Spielwaren erhöht. Die neuen Zölle sollen am 5. Juli in Kraft treten. Die Zollerhöhung für Spielwaren zum Schutze der heimischen Industrie gegen die wachsende Einfuhr namentlich aus Deutschland, konnte vorgenommen werden, nachdem durch das Abkommen mit Frankreich gewisse Positionen aus der Bindung entlassen worden waren. Bisher wurden für ganz oder vorwiegend aus Holz bestehende Spielzeuge 50 Franken, für andere 40 Franken bezahlt. Jetzt wird der Zoll auf 100 Franken erhöht. Ausgenommen sind Puppen mit Gliedergelenken und gewisse Sorten von Spieltieren, für die der Zoll auf 40 Franken belassen wurde.

*

Der norwegische Storting beschloß, die Zollsätze für Kaffee, Zucker, Radioapparate, Grammophone, Butter, gesalzenes Hammelfleisch und einige andere Waren zu erhöhen. Die Erhöhung erfolgt aus finanzpolitischen Gründen, und zwar weil die bisherigen Zolleinkünfte nicht die im Voranschlag vorgesehene Höhe erreicht haben. Außerdem beschloß der Storting, den Einkommensteuersatz um ein Zehntel und die Biersteuer ebenfalls leicht zu erhöhen.

Das Ringen in Lausanne

Das Ende nahe bevorstehend

Das Bild der Konferenz von Lausanne scheint sich nach einer Contimeldung aus Lausanne vom 30. Juni wie folgt darzustellen:

Die Bemühungen um eine Verständigung über die Annullierung der Reparationen sind mit großem Eifer fortgeführt worden. Formulierungen wurden vorgeschlagen, aber eine Einigung bisher nicht gefunden, hauptsächlich, weil die Franzosen den Unsicherheitsfaktor Amerika ins Gefecht führen, der dadurch gegeben ist, daß Washington es nach den Präsidentenwahlen wiederholt und entschieden abgelehnt hat, sich irgendwie in diese finanzielle Auseinandersetzung Europas hineinziehen zu lassen. Die wiederholte Bezugnahme Macdonalds auf Amerika in seinem Bericht vor den sechs Mächten zeigt, daß auch er sich von dem französischen Einwand hat beeindrucken lassen.

Herriot kämpft um eine Formel, die die vollständige Annullierung der Reparationen gewissermaßen von dem künftigen amerikanischen Verhalten abhängig macht und steht damit im Gegensatz zu dem Ziel der Konferenz, eine endgültige Regelung zu erreichen.

Der Ausgang dieses Ringens steht im Augenblick noch offen, doch scheint die Entscheidung nahe bevorzustehen.

Die Arbeiten des „Büros"

Eine am Donnerstag nach Mitternacht in London eingegangene Reutermeldung aus Lausanne besagt:

Das Büro der Konferenz, das abends unter Vorsitz Macdonalds zusammengetreten war, hat keine Entscheidung erreicht und sich um 0.50 Uhr früh auf 10 Uhr vormittags vertagt. — In einer etwas später abgesandten Reutermeldung heißt es: Einige wirkliche Fortschritte scheinen erzielt worden zu sein.

Eine Contimeldung berichtet dann: Die Konferenz des Büros, das sich ganz auf die Frage der Reparationslösung bezw. der finanziellen Probleme von Lausanne konzentriert, hat heute nachmittag um 14.45 Uhr wieder begonnen. Nach etwa 1½ Stunden haben die beiden deutschen Mitglieder, Finanzminister Graf Schwerin von Krosigk und Staatssekretär von Bülow, neuerdings die Sitzung im Hotel Beau Rivage verlassen, um sich mit den übrigen deutschen Delegationsmitgliedern zu besprechen.

Aus den für die Außenwelt unzugänglichen Konferenzzimmern verlautet lediglich, daß man mit einer bis in die späten Nachtstunden andauernden Sitzung rechnet und sich bemühen will, noch am Donnerstag den Bericht für die sechs einladenden Mächte — das ist die Form, in der man das Ergebnis von Lausanne in der Reparationsfrage umschreibt — fertig zu stellen. Nicht nachprüfbare Aeußerungen aus dem Lager einer fremden Delegation wollen von Angeboten an Deutschland wissen, die jedoch immer noch auf dem Prinzip der Restzahlung für die Reparationen beruhen, sei es mit, sei es ohne eine Sicherheitsklausel zunächst der Gläubiger für den Fall einer ablehnenden Haltung Amerikas bei den späteren Auseinandersetzungen über die interalliierten Schulden. Die Aeußerungen einzelner fremder Delegierten, die nicht an den Verhandlungen selbst teilnehmen, lassen auf ein äußerst geringes Maß von Optimismus in bezug auf diese Bemühungen zur Lösung der Reparationsfrage schließen.

Herriot bei von Papen

Das Wolffbüro meldet unterm 30. Juni:

In den Bemühungen um Herbeiführung einer Verständigung während der Sitzung des Büros ist ein viel beachteter Schritt erfolgt, indem Herriot am Sitz der deutschen Delegation eingetroffen ist, um dem Reichskanzler einen Besuch abzustatten.

Der Besuch Herriots beim Reichskanzler dauerte 40 Minuten. Nach Abschluß brachte der Reichskanzler den französischen Ministerpräsidenten, der von dem früheren französischen Botschaftsrat in Berlin, jetzigen Gesandten de Laboulaye, begleitet war, an seinen Wagen und verabschiedete sich freundlich von ihm. Da Herriot am Sonntagabend aus Paris wieder nach Lausanne zurückkehrt, scheint eine Beendigung der Konferenz, d. h. also ein Scheitern der Donnerstags-Verhandlungen, nicht bevorzustehen.

Neue Vorschläge?

Gerüchtweise verlautet, daß während der Nachmittagssitzung angesichts der konsequenten deutschen Ablehnung von Vorschlägen, die sich immer noch auf den alten französischen Linien bewegt hatten, ein völlig neuer Plan ins Auge gefaßt worden sei. Eine gewisse Wahrscheinlichkeit gewinnen diese Angaben dadurch, daß die Fachberater in dem sogenannten Büro an der Nachmittagspause nicht teilnahmen, sondern unausgesetzt weiter arbeiteten. Die Sitzung geht zunächst ohne Teilnahme des Reichsfinanzministers bei Macdonald weiter.

Die Beseitigung der Diskriminierungen Deutschlands durch den Versailler Vertrag

Zu der von Reichskanzler von Papen in Lausanne ergangenen Aufforderung auf Beseitigung der Distriminierungen Deutschlands durch den Versailler Vertrag wird von zuständiger Stelle darauf hingewiesen, daß es sich um die Bestimmungen der Teile 5 und 8 des Vertrages handelt, die die Entwaffnungs- und Reparationsklauseln, einschließlich des Kriegsschuldartikels, enthalten, und die uns vor allem in eine Position minderen Rechts hineingedrängt haben. Nur durch die Beseitigung dieser Diskriminierungen kann die Gleichberechtigung Deutschlands hergestellt werden. Wenn in der deutschen Erklärung auch von der Sicherheit gesprochen wird, so handelt es sich dabei keineswegs etwa um die Sicherheit irgendeines einzelnen Staates, sondern um die Herstellung der allgemeinen politischen Sicherheit in Europa. Nur unter diesen Voraussetzungen, so wird ausdrücklich betont, hat Reichskanzler von Papen die Bereitwilligkeit erklärt, einen Beitrag zum Wiederaufbau Europas zu leisten. Es handelt sich bei diesem Angebot keineswegs um eine Leistung in irgendeiner Form an Frankreich, sondern um einen Beitrag, der dem Wiederaufbau des darniederliegenden Europa dienen soll, und für den ausdrücklich als Voraussetzung die Gesundung der deutschen Wirtschaft genannt worden ist. Ueber die Höhe dieses Beitrages ist noch nicht gesprochen worden.

Von Papen und Herriot fahren für wenige Tage heim

Es ist damit zu rechnen, daß Reichskanzler von Papen für einige Tage nach Berlin zurückkehren wird, um dem Reichspräsidenten und dem Reichskabinett über den Stand der Dinge zu berichten. Ein genauer Termin für die Reise ist noch nicht festgesetzt.

*

Havas meldet aus Lausanne, daß Ministerpräsident Herriot Donnerstag abend nach Paris reist, Freitag abend wird er wieder nach Lausanne fahren. Samstag abend begibt er sich wieder nach Paris, um am Sonntag an der Beisetzung Briands in Cocherel teilzunehmen. Montag früh wird er dann wieder in Lausanne eintreffen.

Havas meldet einen angeblichen Vorschlag der Alliierten

Der Lausanner Sonderberichterstatter von Havas glaubt zu wissen, daß die Alliierten am Donnerstag folgenden Vorschlag ausgearbeitet hätten:

1. Die Gläubigermächte sind bereit, auf alle weiteren deutschen Zahlungen auf Reparationskonto zu verzichten, wenn Amerika auf die interalliierten Schulden verzichtet.

2. Deutschland händigt der BIZ. sofort von der Reichsregierung garantierte Schuldverschreibungen aus, die jedoch erst von dem Tage an Zinsen tragen, an dem Deutschland seine Zahlungsfähigkeit wiedererlangt hat. Diese Schuldverschreibungen sollen sich auf 7 Milliarden Goldmark belaufen.

Der Berichterstatter fügt hinzu, daß die deutsche Abordnung im Gegensatz zu diesem Vorschlag nur 2 Milliarden Goldmark angeboten hat (inzwischen von deutscher Seite dementiert) und diese auch nur unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, vorher die deutschen Sachverständigen zu befragen. Die deutsche Abordnung weigere sich außerdem, irgendeinem Abkommen seine Zustimmung zu geben, das die Annullierung der Reparationen derjenigen der interalliierten Schulden unterordne.

Herriots Standpunkt in der Tributfrage

Wie die Tel.-Union aus Lausanne meldet, bestätigt es sich, daß die französische Regierung auf ihrer Forderung auf eine gleichzeitige gemeinsame Regelung des interalliierten Schulden- und des Tributproblems bestehe.

Aus gut unterrichteten französischen Kreisen erfährt das genannte Büro, daß Herriot in den Besprechungen folgenden Standpunkt vertreten hat:

Die französische Regierung vertritt die Auffassung, daß eine endgültige Lösung der Tributfrage im Rahmen der gesamten Interessen sämtlicher Mächte gefunden werden kann. Sie kann unter keinen Umständen auf den Grundsatz des unlösbaren Zusammenhanges zwischen den interalliierten Schulden und der deutschen Tributfrage verzichten. Diese Auffassung werde auch von der englischen Regierung geteilt. Die beiden großen Gläubigermächte würden in dieser Haltung durch Mitteilungen von amerikanischer Seite bestärkt, nach denen die amerikanische Regierung eine vollständige Streichung der interalliierten Schulden nach wie vor ablehne.

Die deutsche Forderung auf Anerkennung der Gleichberechtigung Deutschlands in der Abrüstungsfrage sei sowohl von französischer Seite, wie auch von englischer Seite als unannehmbar abgelehnt worden. Diese Frage könne ausschließlich im Rahmen der Genfer Abrüstungskonferenz behandelt werden, jedoch würde die französische Regierung sich bereiterklären, in die offizielle Schlußerklärung der Lausanner Konferenz den Wunsch auf eine gerechte Lösung des Abrüstungsproblems aufzunehmen, um damit in gewissem Sinne dem deutschen Standpunkt entgegenzukommen. In den Besprechungen sei eingehend über die Frage der deutschen Abschlußzahlung, deren Höhe, Ausgabe und Bedingungen zwischen den Gläubigerstaaten beraten worden. Die französische Regierung lege keinen Wert darauf, ob diese Summe nun vier, fünf oder sechs Milliarden betrage, halte jedoch an dem Grundsatz der Zahlungsverpflichtung Deutschlands fest. Sollte die deutsche Regierung nicht in der Lage sein, sich mit Barzahlungen an dem „Fonds commun" für den Wiederaufbau Europas zu beteiligen, so könnten statt dessen wirtschaftliche Vorteile, die Deutschland bieten könnte, angenommen werden.

Kein deutsches Angebot

Das Wolffbüro meldet: Der Reichskanzler, Reichsfinanzminister Graf Schwerin und Staatssekretär von Bülow werden in Fortsetzung der Besprechungen Freitag vormittag 9 Uhr dem Vorsitzenden der Konferenz Macdonald einen Besuch abstatten.

Die Bemühungen zur Schaffung eines mit den deutschen Bedürfnissen im Einklang stehenden neuen Vorschlages sind bisher nicht zum Abschluß gelangt; Nachrichten, die von einem deutschen Angebot in irgendeiner Form wissen wollen, sind unzutreffend. Die früheren Vorschläge der Gegenseite waren nicht geeignet, das Ziel einer definitiven Regelung zu erreichen.

Die Abrüstungsverhandlungen

Ein deutscher Vorschlag für den Luftfahrtausschuß

Die deutsche Delegation hat für die Beratung des Unterkomitees des Luftfahrtausschusses der Abrüstungskonferenz einen Vorschlag eingereicht, der dem Ausschuß einen praktisch gangbaren und erfolgversprechenden Weg zeigt. Sie hat beantragt, diejenigen Maßnahmen, die Deutschland von der Botschafterkonferenz auferlegt worden sind, um jede Verwendung der deutschen Zivilluftfahrt für militärische Zwecke auszuschließen, auch auf alle anderen Staaten auszudehnen und außerdem noch ein absolutes Verbot des Abwurfs von Kampfmitteln aus der Luft festzusetzen.

Schwenkung in der französischen Abrüstungspolitik?

Der Lausanner Sonderberichterstatter des „Matin" schreibt, er würde nicht überrascht sein, wenn einige Blätter die Nachricht von einer französischen Kompensation in der Abrüstungsfrage veröffentlichen würden, durch die der Gleichberechtigung, wie Deutschland sie fordere, der Weg geebnet werde. Davon sei stark gesprochen worden. — Auch der Außenpolitiker des „Echo de Paris" meldet aus Lausanne, daß angeblich die französische Abrüstungsdelegation ihre Ansicht insofern geändert habe, als sie jetzt Hoovers Vorschlag als Verhandlungsgrundlage annehme. Namentlich in amerikanischen Kreisen erkläre man, daß Frankreich sich jetzt viel günstiger zu den amerikanischen Vorschlägen stelle. Man spricht sogar von einer völligen Schwenkung der französischen Regierung.

Die Abgabe zur Arbeitslosenhilfe

Mit Wirkung vom 1. Juli 1932 wird anstelle der Krisenlohnsteuer eine Abgabe zur Arbeitslosenhilfe erhoben, die sämtliche Lohn- und Gehaltsempfänger trifft, an den Bruttoarbeitslohn anknüpft und gestaffelt ist. Die Abgabe, die durch die Arbeitgeber von dem Bruttoarbeitslohn einbehalten wird, verwalten, soweit es sich um sozialversicherte Personen handelt, die Krankenkassen, soweit es sich um Personen handelt, die nicht der Sozialversicherung unterliegen (z. B. Beamte, private Arbeitnehmer mit mehr als 700 RM. Monatsarbeitslohn) die Finanzämter. Am 17. und 18. Juni 1932 sind die Durchführungsbestimmungen von den beteiligten Reichsministerien erlassen und in sämtlichen Amtsblättern veröffentlicht worden. Etwa noch erforderliche Auskünfte können bei den Krankenkassen und den Finanzämtern eingeholt werden.

Auswärtiger Ausschuß und Ueberwachungsausschuß

Die kommunistischen Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages haben in einem Schreiben an den Ausschußvorsitzenden Dr. Frick (Natl.-Soz.) die Einberufung des **Auswärtigen Ausschusses** verlangt, und zwar mit der Tagesordnung:

„Bericht über die Konferenz von Lausanne und Stellungnahme zu den Interviews, die Reichskanzler von Papen den Vertretern des „Figaro" und des „Matin" gegeben hat."

Wie das Nachrichtenbüro des VdZ. erfährt, werden auch die Sozialdemokraten die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses verlangen, sobald die deutsche Delegation aus Lausanne zurückgekehrt ist. Ob es zur Einberufung des Ausschusses kommen wird, hängt von der Haltung der anderen Parteien ab, da Sozialdemokraten und Kommunisten noch nicht die Mehrheit im Ausschuß haben.

Mit der Einberufung des **Ueberwachungsausschusses** wird für Ende der nächsten Woche gerechnet. Der Vorsitzende, Abg. Strasser, will in den nächsten Tagen mit dem Direktor des Reichstages persönlich die Terminfrage klären. Zu der Rechtsfrage, ob der Ausschuß erst einberufen werden muß, wenn die Mehrheit der Parteien es verlangt, ist inzwischen eine neue interessante Feststellung getroffen worden: Man hat einen Beschluß gefunden, den der Ueberwachungsausschuß in seiner ersten Sitzung im Jahre 1921 einstimmig gefaßt hat, wonach der Ueberwachungsausschuß zusammentreten muß, wenn zwei Ausschußmitglieder es verlangen.

Die Deutsche Reichsbahn im Mai

Der Güterverkehr der Deutschen Reichsbahn erfuhr im Mai 1932 eine geringe, rein saisonmäßige Belebung. Auch **der Personenverkehr** war im ganzen etwas stärker als im Vormonat er blieb jedoch bei der trostlosen Wirtschaftslage erheblich hinter dem Verkehr des vorjährigen Mai zurück. **Die Einnahmen** im Mai 1932 betrugen insgesamt 243,36 Millionen RM., während sich **die Gesamtausgaben** auf 312,57 Millionen RM. beliefen. **Die Gesamteinnahmeausfälle von Januar bis Mai 1932** betragen gegenüber 1931 434,5 Millionen RM.

Um die Anrechnung der gewerkschaftlichen Unterstützungen

An den Reichsarbeitsminister ist die Frage herangebracht worden, ob in der Arbeitslosenversicherung und in der Krisenfürsorge bei Prüfung der Hilfsbedürftigkeit Unterstützungen, die auf Grund eigener Vorsorge für den Fall der Arbeitslosigkeit bezogen werden, zu berücksichtigen sind. Der Reichsarbeitsminister hat bereits in einem Erlaß vom 29. Juni 1932 darauf hingewiesen, daß keine Bedenken bestehen, solche Unterstützungen in der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge bei der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit und bei der Bemessung der Leistungen [illegible] Ansatz zu lassen.

[illegible] erledigt sich die Eingabe der gewerkschaftlichen Spitzenverbände über die Anrechnung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung bei Prüfung der Hilfsbedürftigkeit.

Englisches

Sonntagsvorstellungen in den Kinos

Der Gesetzentwurf über die Zulassung von Sonntagsvorstellungen in Kinos wurde vom Unterhaus nach neunstündiger Debatte mit 146 gegen 56 Stimmen in dritter Lesung angenommen und darauf an das Oberhaus weitergeleitet. Der Kampf um die Vorlage, die ein Kompromiß darstellt, war sehr leidenschaftlich geführt worden.

Die Gesellschaft für Heilighaltung des „Tages des Herrn" hatte noch am Mittwoch an sämtliche Unterhausmitglieder und an alle Parlamentsberichterstatter der Presse Protestbriefe gesandt.

Die belgische Kammer fügt sich der Regierung in der Sprachenfrage

Nachdem die belgische Regierung die Vertrauensfrage gestellt hatte, hat die Kammer mit 86 gegen 69 Stimmen bei 7 Enthaltungen den Artikel 22 a des Gesetzes über den Sprachengebrauch im Unterricht, der bei der ersten Lesung abgelehnt worden war, angenommen. Es handelt sich um den bei der Abstimmung über das Sprachengesetz zurückgestellten kulturpolitisch sehr wichtigen Artikel, der die Errichtung von Parallelklassen in der anderen Sprache regelt und sowohl von der Linken als auch von der flämischen Rechten unter verschiedenen Gesichtspunkten als bedenklich betrachtet wird. Hierauf nahm die Kammer mit 84 gegen 12 Stimmen bei 63 Enthaltungen der Sozialisten den gesamten Gesetzentwurf über den Sprachengebrauch an Volks- und Mittelschulen an.

Wie ein richtiger Schützengraben aussehen muß



wurde bei den Gasschutzübungen in Ostpreußen auf der Königsberger Polizeiunterkunft „Holzacker" gezeigt. Dieser Schützengraben fand bei den Besuchern großes Interesse, da auch Polizeibeamte mit Stahlhelmen das Grabenleben zeigten.

Allerlei aus USA

Der Senat gegen internationale Wirtschaftskonferenz

Unter dem Eindruck einer Rede des Senators Borah lehnte der amerikanische Senat es ab, die geforderten 40 000 Dollar für Teilnahme Amerikas an einer internationalen Wirtschaftskonferenz zu bewilligen. Er bewillkgte aber statt dessen 40 000 Dollar für Teilnahme an einer Währungskonferenz.

Kritik der Demokraten an der Wirtschaftspolitik der Nachkriegsregierung

Das vom Resolutionsausschuß der Vollversammlung des demokratischen Parteikonvents unterbreitete Programm für den Präsidentschaftswahlkampf setzt sich kritisch mit der Wirtschaftspolitik der amerikanischen Nachkriegsregierungen auseinander. Die demokratische Partei, so heißt es, müsse auf die Ursachen hinweisen, die den gegenwärtigen Zustand einer nie dagewesenen wirtschaftlichen und sozialen Not herbeigeführt hätten. Vor allem sei auf die seit dem Weltkrieg von den Regierungen verfolgte verhängnisvolle Politik wirtschaftlicher Isolierung und auf die Förderung zu verweisen, die die staatlichen Stellen der Verschmelzung großer konkurrierenden Geschäftsunternehmungen zu Monopolen hätten zuteil werden lassen. Von amtlicher Seite habe man eine Politik der Kreditausweitung und dann der Kreditverknappung gefördert, die wirtschaftlich nicht vertretbar sei, und die lediglich aus Spekulationsinteresse auf Kosten des Publikums betrieben worden sei. Die einzige Hoffnung auf eine Besserung der gegenwärtigen Verhältnisse liege in einer raschen und grundsätzlichen Aenderung der Wirtschaftspolitik. Das Parteiprogramm empfiehlt u. a. eine drastische Senkung der Verwaltungskosten. Zu diesem Zweck müßten nutzlose Ausschüsse und Amtsstellen abgeschafft werden. Das Staatsdepartement habe die von den internationalen Bankiers aufzulegenden Anleihen begutachtet. Die Anmaßung dieser Machtbefugnis müsse man entschieden verurteilen. Denn viele Milliarden fragwürdiger Bonds seien auf Grund der Tatsache auf dem amerikanischen Markt untergebracht worden, daß die Anleihe von der Bundesregierung gutgeheißen wurde.

Die Demokraten für leichten Wein und leichtes Bier

Der Ausschuß des demokratischen Parteitages nahm eine Entschließung an, in der er die sofortige Aenderung des Prohibitionsgesetzes dahin befürwortet, daß der Verkauf von leichten Weinen und leichtem Bier gestattet werden soll. Die Entschließung tritt für eine öffentliche Ueberwachung des Handels mit alkoholischen Getränken und das Verbot der Wiedereröffnung der Schankwirtschaften ein.

Gouverneur Roosevelt voraussichtlich Präsidentschaftskandidat der Demokraten in USA.

Der demokratische Parteitag in Chicago nahm die Wahlplattform der Partei an, um sich dann mit der Kandidatenfrage zu beschäftigen. Als erster wurde Gouverneur Roosevelt zum Präsidentschaftskandidaten vorgeschlagen, was ungeheuren, etwa 40 Minuten dauernden Beifallssturm seiner Anhänger auslöste.

Die Aussichten Roosevelts, von dem Parteitag nominiert zu werden, werden außerordentlich günstig beurteilt, da Vertreter von mehr als 30 Staaten sich für seine Kandidatur ausgesprochen haben.

Roosevelt hat der Entschließung des demokratischen Konvents, der sich für die Abschaffung der Prohibition ausspricht, zugestimmt.

Das Ministerium Graf Karoly,

das dem Reichsverweser seine Demission angeboten hatte, wird nach einer Meldung aus Budapest im Amte bleiben.

Nichtangriffspakt-Angebot Chinas an Sowjet-Rußland?

Die Telegraphen-Agentur der Sowjet-Union meldet: Am 29. Juni fand eine Unterredung zwischen dem Mitglied der chinesischen Delegation Wantschengsi und dem Leiter der Ostabteilung des Außenkommissariats Koslowski statt. Im Verlaufe der Unterredung erfolgte ein Meinungsaustausch über die von Wantschengsi zur Kenntnis gebrachte Absicht der chinesischen Regierung, mit der Sowjetunion einen Nichtangriffspakt abzuschließen und die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und China wieder herzustellen.

Alles auf den Kopf gestellt! Lesen Sie den Schwarzkopf-Prospekt „Kopf zerbrochen", der im Fachgeschäft kostenlos für Sie bereit liegt! Auf diesen Kopf sind gestellt: eine interessante Aufgabe, Bar-Preise und die leichte Möglichkeit, durch „Haarglanz" prachtvolles Haar zu bekommen und zu bewahren! Erst durch „Haarglanz" wird die Haarwäsche zur Haarpflege. Das Haar wird neutralisiert und bleibt straff, gesund und schön! „Haarglanz" erhalten Sie mit jeder Packung Schwarzkopf-Schaumpon.

Kleine Meldungen

Selbstmord des Filmschauspielers Bruno Kastner. In einem Hotel in Bad Kreuznach hat sich der bekannte Filmschauspieler Bruno Kastner erhängt. Ueber die Gründe zu diesem Selbstmord [illegible] Näheres bekannt. Kastner weilte seit einigen Wochen zur Erholung in Bad Kreuznach.

In der Gerichtsverhandlung wegen der Durchstechereien beim Potsdamer Tiefbauamt wies das Gericht den Einspruch der Verteidigung gegen die Sachverständigen als unbegründet zurück. Die Angeklagten Stadtbauamtmann Rudolf Kießling und Genossen, mit deren Vernehmung dann begonnen wurde, erklärten sämtlich, daß sie sich nicht schuldig fühlten.

Ein Professor versucht, den Rektor der Wiener Universität zu erschießen. Während der Enthüllung eines Grabdenkmals auf dem Zentral-Friedhof in Wien gab Professor Schneider von der Wiener Universität auf den neuen Rektor der Universität, Professor Abel, mit dem Rufe: „Jetzt wollen wir endlich abrechnen!" einen Schuß ab, der jedoch sein Ziel verfehlte. Als er zum zweiten Male schießen wollte, wurde er von dem neben ihm stehenden Bürgermeister Seitz daran gehindert. Professor Schneider wurde sofort festgenommen. Er scheint in einem Anfall geistiger Umnachtung gehandelt zu haben.

Hohe Regreßansprüche im Zusammenhang mit dem Konkurs der Kreugergesellschaft. Dem Blatt Allehanda zufolge ist die Untersuchung über den Konkurs der Kreuger Toll A. B. jetzt soweit geführt, daß es feststeht, daß hohe Regreßansprüche erhoben werden. Es handelt sich um Geschäftsabschlüsse, die Ivar Kreuger während der letzten Jahre gemacht hat, und durch die große Werte der Gesellschaft unter solchen Umständen verloren gegangen sind, daß eine nähere Prüfung erforderlich ist. Das Blatt will wissen daß schon in der nächsten Woche bei dem Stockholmer Amtsgericht eine Anzahl Prozesse mit Regreßansprüchen eingeleitet werden dürfte.

Macdonald fährt nicht mit dem „Graf Zeppelin" Nach einer Reutermeldung aus Lausanne entspricht die Nachricht eines Londoner Blattes, daß Macdonald einen Platz im „Graf Zeppelin" für seine Rückreise nach London belegt habe, nicht den Tatsachen.

Deutsch-englische Stillhalteverhandlungen in London

In unterrichteten Kreisen in Berlin verlautet, daß am Freitag in London neue deutsch-englische Stillhalteverhandlungen für die privaten Kredite beginnen. Die Reichsbankdirektoren Fuchs und von Wedel, für die Privatbanken die Direktoren Schlieper und Jeidels, ferner Geheimrat Kastl vom Reichsverband der deutschen Industrie sind zu diesen Verhandlungen bereits nach London abgereist.

Die Zusammenkunft geht auf eine frühere Vereinbarung zurück, wonach die Sachverständigen beider Länder alle Vierteljahre einmal zusammenkommen, um sich über die Entwicklung des Stillhalteabkommens auszusprechen. Diesmal liegen die Dinge nun so, daß im laufenden Vierteljahr 60 Millionen mehr von Deutschland abgezogen worden sind als vorausgesehen wurde; nach deutscher Auffassung ergibt sich daraus die Notwendigkeit einer weiteren Zinssenkung. Wie weit es dazu kommt, das wird sich natürlich erst nach Abschluß der Verhandlungen übersehen lassen.

Kleine politische Nachrichten

Gesandter Schroetter Dirigent der Presseabteilung der Reichsregierung

Der bisherige deutsche Gesandte in Reval, Schroetter, ist zum Dirigenten der Presseabteilung der Reichsregierung ernannt worden.

Befreiung des Fleischverkehrs von der Ausgleichsteuer

Wie der Amtl. Preußische Pressedienst mitteilt, wird ab 1. Juli d. J. die Ein- und Ausfuhr von Fleisch und Wurst zwischen dem Lande Preußen einerseits und den Schlachtsteuerländern Baden, Bayern, Sachsen, Bremen und Lübeck andererseits von der Ausgleichsteuer befreit.

Die vom Preiskommissar erlassenen Verordnungen

sowie die von ihm mit den einzelnen Wirtschaftsverbänden getroffenen Vereinbarungen bleiben über den 1. Juli 1932 hinaus in Kraft.

Verbot einer Versammlung der „Nationalen Liga" in Prag

Die „Nationale Liga" in Prag hatte eine öffentliche Versammlung einberufen, die unter dem Thema „Für die Regierung der Tschechen und Slowaken, gegen die Teilnahme der Deutschen an der Regierung; die letzten Ereignisse in Dux" stehen sollte. Mit Rücksicht auf die öffentliche Sicherheit und auf das öffentliche Wohl hat die Polizei diese Versammlung verboten.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten im Juni 1932

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „sonstiger Bedarf") beläuft sich für den Durchschnitt des Monats Juni 1932 auf 121,4 gegenüber 121,1 im Vormonat; sie ist somit um 0,2 v. H. gestiegen. Es hat sich erhöht die Indexziffer für Ernährung um 0,6 v. H. auf 113,4; zurückgegangen sind die Indexziffern für Bekleidung um 0,5 v. H. auf 117,2 und „sonstigen Bedarf" um 0,4 v. H. auf 165,9. Unverändert geblieben sind die Indexziffern für Wohnung mit 121,4 und für Heizung und Beleuchtung mit 133,8. Innerhalb der Bedarfsgruppe Ernährung haben die Preise für Gemüse, Eier und Kartoffeln angezogen; zurückgegangen sind hauptsächlich die Preise für Butter und Milch.

Politik muß aus der Schule bleiben!

Der hessische Minister für Kultus- und Bildungswesen hat in einer an die Direktionen der höheren Schulen, der Leiter der Fachschulen, Stadt- und Kreisschulämter gerichteten Verordnung darauf hingewiesen, daß Schülern und Schülerinnen aller Art und jeden Alters der Besuch politischer Versammlungen und die Zugehörigkeit zu politischen Parteien verboten ist. Der Minister macht den Leiter und die Lehrpersonen aller Schulen zur Pflicht, darüber zu wachen, daß durch den leidenschaftlich wogenden politischen Kampf und seine Auswirkungen der Frieden und die ruhige Arbeit der Schulen während der Wahlzeit nicht gestört werden.

Herbert Buhtz ganz überragend

Weitere Siege von Buhtz und Boetzelen in Henley

Der Berliner Herbert Buhtz ist nach der Ansicht aller englischen Fachleute der beste Skuller, der seit Jahren auf der Henley-Regatta, wo die sehr umworbenen Diamond-Skulls ausgefahren werden, gesehen wurde. Der Deutsche traf am Donnerstag in einem weiteren Vorlauf auf den Engländer Southwood vom Themse-RC und siegte klar in 9:05 Minuten. In einem Lauf vorher hatte Gerhard Boetzelen, der den Engländern kein Unbekannter ist, den Engländer Tinne vom Oxford RC in 9:21 Minuten klar geschlagen.

Zwei Giganten der Luft treffen sich



Das größte deutsche Landflugzeug, die Junkers-Maschine „D. 2500", ist jetzt in den regelmäßigen Luftdienst Berlin—London eingesetzt worden. Bei seiner ersten Ankunft in dem Londoner Lufthafen Croydon landete der Luftriese neben dem größten englischen Landflugzeug „Horatius".

RINGEN

Deutscher Athletiksportverband 1891 — Freier Deutscher Turnerbund
Turn- und Kraftsportverein Hitdorf gegen TV „Frisch-Auf" Hilgen

Samstag, den 2. Juli, im Saale H. Prante in Hilgen — **Anfang 8.15 Uhr, Einlaß 7.30 Uhr**
Eintritt 0.50 RM, Erwerbslose 0.30 RM — Es ladet freundlichst ein: Der Vorstand

---

Den Berg hab' ich erklommen
Der Euch noch müde macht',
Drum weinet nicht ihr Lieben
Wenn ich zur Ruh' gebracht.

Heute morgen gegen 7 Uhr entschlief sanft und ruhig nach langem schweren Leiden mein lieber Mann, unser guter treusorgender Vater, Schwiegervater, Großvater, Urgroßvater, Schwager und Onkel

Julius Schmitz

im hohen Alter von 90 Jahren 7 Monaten.

Um stille Teilnahme bitten

im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Frau Julius Schmitz
Emilie geb. Gödderts
nebst Kindern und Anverwandten.

Kleinbruch, Remscheid, Hilgen, Opladen, Hölverscheid, den 30. Juni 1932.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 3. Juli, nachmittags 3.30 Uhr, vom Sterbehause in Kleinbruch aus nach Neuenhaus statt.

Freiw. Feuerwehr
Löschzug 1 Burscheid

Sonntag, 3. Juli 1932, morgens 6 Uhr

Übung

Vollzähliges Erscheinen erwartet:

Mebus, Brandmeister.

Burscheider Schützenverein e. V.

Diejenigen Mitglieder, welche an dem Schützenfest in Ohligs teilnehmen wollen, werden gebeten, sich beim Chef zu melden. Abfahrt per Auto Samstag-Nachmittag 5 Uhr.

Der Vorstand.

Haus oder Bauplatz

in Burscheid oder nächster Umgebung zu kaufen gesucht. Offerten unter „M. E. 320" an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Bekanntmachung

Aufgrund des Schlachtsteuergesetzes vom 8. 21. Juni 1932 unterliegt die Schlachtung von Rindvieh, Schweinen und Schafen einer Steuer nach folgendem Tarif:

Tarif.

Die Schlachtsteuer beträgt:

1. Für einen Ochsen mit einem Lebendgewicht von 400 Kilo an bis zu 750 Kilo (ausschl.)	30.— RM
von 750 und mehr Kilo	36.— RM
Schlachtungen von Ochsen mit einem Lebendgewichte von weniger als 400 Kilo sind nach Tarifnummer 3 zu versteuern.	
2. Für ein Kalb (Jungrinder unter 3 Monaten alt bis zu einem Höchstgewichte von 100 Kilo)	4.— RM
Schlachtungen von Kälbern mit einem Lebendgewichte von weniger als 40 Kilo sind steuerfrei.	
3. Für eine Magerkuh mit mehr als 3 Hornringen, unabhängig vom Gewicht	7.— RM
Für ein sonstiges Stück Rindvieh mit einem Lebendgewicht bis zu 300 Kilo (ausschl)	10.— RM
Von 350 Kilo an bis zu 600 Kilo (ausschl)	16.— RM
Von 600 und mehr Kilo	22.— RM
4. Für ein Schwein	
a) Bei Schlachtungen für den Gebrauch im eigenen Haushalt (Hausschlachtungen)	2.— RM
b) Im übrigen mit einem Lebendgewichte von 30 Kilo an bis zu 75 Kilo (ausschl)	5.— RM
von 75 Kilo an bis zu 125 Kilo (ausschl.)	8.— RM
von 125 Kilo und mehr	10.— RM
Schlachtungen von Schweinen mit einem Lebendgewicht von weniger als 30 Kilo sind steuerfrei.	
5. Für ein Schaf mit einem Lebendgewicht von 20 und mehr Kilo	1.50 RM
Schlachtungen von Schafen mit einem Lebendgewicht von weniger als 20 Kilo sind steuerfrei.	

Nach § 10 des Schl. St. G., sind die Inhaber von Läden und sonstigen Verkaufsstellen, in denen Fleisch oder Fleisch- und Wurstwaren gewerbsmäßig verkauft werden, verpflichtet, bis spätestens 30. 6. 1932 für die Dauer von 3 Monaten vorstehenden Tarif an einer leicht sichtbaren Stelle und in einer für den Käufer lesbaren Schrift im Laden oder in der Verkaufsstelle anzuschlagen. Die Nichterfüllung dieser Verpflichtung unterliegt einer Geldstrafe bis zu 500 RM.

Für die Einfuhr des Fleisches von Rindvieh, Schweinen und Schafen in frischem oder zubereiteten Zustande — auch Fleisch- und Wurstwaren — wird eine Ausgleichssteuer erhoben. Diese beträgt für Fleisch im frischem Zustande 10 Rpf, für Fleisch in zubereitetem Zustande 12 Rpf und für Fleisch- und Wurstwaren 15 Rpf für 1 Kilo.

Der Empfänger hat die eingeführten Waren unter Angabe der Art und des Gewichtes spätestens binnen einer Woche bei der Gemeinde anzumelden. Die Ausgleichssteuer ist bei der Anmeldung zu entrichten.

Das Schl. St. G. tritt am 1. Juli 1932 in Kraft. Die Schlachtsteuer ist innerhalb 3 Tagen nach der Schlachtung bei der zuständigen Gemeindekasse zu zahlen.

Opladen, den 28. Juni 1932.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses des Rhein-Wupper-Kreises.



Zu haben bei

Schuh-Rombelsheim
Opladen
Düsseldorferstr. 3
Kämpchenstr. 11

(Eigene Reparatur - Werkstätte)

Dr. med. W. Bröcker

Facharzt für innere Krankheiten
Opladen, Kaiserstr. 4, Fernruf 550
Zu allen Krankenkassen zugelassen
Sprechstunden von 10—12, 3—5 Uhr

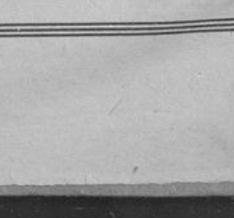
Danksagung

Für die bei dem Brande des Hauses vom Stein erwiesene tatkräftige Hilfe zum Schutze meines Hauses sage ich allen Nachbarn und Helfern, insbesondere aber der Freiw. Feuerwehr, Löschzug Dierath, meinen herzlichsten Dank.

Ww. August Wolf

Dierath, den 30. Juni 1932.

Unreife
Stachelbeeren
hat abzugeben
Alfred Markus, Burscheid
Mittelstraße 7.



Schon 1 von diesen 8 Hat manches Hühnerauge weggebracht.

Hühneraugen-Lebewohl Blechd. (8 Pflaster) 68 Pfg. in Apotheken und Drogerien Sicher zu haben: L. Becker, Colonia-Drogerie, Hauptstraße 29. Central-Drogerie Alb. Lonnoy.

Kuckenberg - Neuenhaus

Zu dem am **Sonntag, den 3. Juli,** stattfindenden

öffentlichen BALL

ladet freundlichst ein: **Alwill Speck**

Anfang 5 Uhr — Anfang 5 Uhr

Die Muster der Mode entsprechend

Die Preise der Zeit entsprechend

Kleiden Sie sich geschmackvoll mit meiner

Maßkleidung

Ein reichhaltiges Tuchlager modern gemusterter Stoffe steht zu Ihrer Verfügung. Meine Maßarbeit ist für solide Verarbeitung und guten Sitz bekannt

Robert Erlenköser, Schneidermeister, Burscheid Hauptstrasse 77, Fernruf 346

Gummi-Stempel
Email-Schilder!
f. Handel, Gewerbe, Behörden, Private und Vereine liefert schnell und billig

Franz Ansin, Burscheid
Hauptstraße 33.

Dabringhausener Kirmes

Sonntag, 3. u. Montag, 4. Juli 1932
findet in unseren Lokalen
FEST-BALL
statt, wozu freundlichst einladen
Jos. Miller, Ew. Garschagen
W. Sichelschmidt

Bergischer Volksbote

Burscheider Zeitung

Druck und Verlag von Hermann Claas, Burscheid — Nr 152 — 2. Blatt — Freitag, 1. Juli 1932

Bauernregeln im Juli

Nach dem schlechten Juni wird der Landmann, dem im Juli alles auf eine glückliche Bergung der Ernte ankommt, mit besonderer Besorgnis seine alten Wetterregeln um Rat fragen, wie wohl seine Ernte ausfallen mag. Die Bauernregeln gehen meist um Sonne und Trockenheit.

So heißt es: „Im Juli muß braten, was im Herbst soll geraten" oder „Wenn die Hundtage warm, hell und klar, deutets auf ein gutes Jahr". Die Winzer sind der gleichen Meinung: „Nur in der Juliglut werden Obst und Wein dir gut". Nichts kommt dem Landmann ungelegener und macht ihm mehr Sorgen als andauernder Regen: „Langer Juliregen nimmt fort den Erntesegen". Darum ist es dem Bauer nicht gleich, wie das Wetter an Maria Heimsuchung ist, heißt es doch: „Regnets an unserer lieben Frau Tag (2. Juli), 40 Tage der Regen nicht aufhören mag". Bezeichnend für die anstrengende Arbeit des Landmannes im Juli ist schließlich noch folgender Spruch, „Wem im Juli nicht die Arme fliegen, kann im Winter nicht auf der Ofenbank liegen".

Im großen und ganzen lassen sich alle Bauernregeln für den Juli auf den „Reim" bringen: Im Juli muß warmes, sonniges, trockenes Wetter herrschen, das dem Wachstum der Getreidefelder und der Ernte günstig ist. Der Urlauber und Ferienwanderer ist ganz ähnlicher Meinung.

Dienstjubiläum an der Sparkasse

Am heutigen 1. Juli kann Herr Sparkassenrendant Hugo Pieper auf eine 25-jährige Dienstzeit als Leiter der städt. Sparkasse zurückblicken. Am 5. März 1907 wählte ihn die damalige Stadtverordneten-Versammlung unter 19 Bewerbern als Nachfolger des in den Ruhestand tretenden Rendanten Herrn Reinh. Hinrichs zum Kassenleiter. Unter seiner Leitung hat die Sparkasse eine gute Entwicklung genommen, auch wenn man die durch die Sparkassen nicht verschuldete Inflation mit ihren Folgen in Rücksicht zieht. Gegenüber dem Stande von 1907 hatte sich bis zum Weltkriege die Zahl der Sparer und die Höhe der Einlagen fast verdoppelt, 1919 wurde der Scheckverkehr eingerichtet, wodurch die Sparkasse gewissermaßen auch zur Bank wurde. Die Arbeiten und Aufgaben nahmen weiter zu bis die nachfolgenden Jahre die Sparkassen vor eine Fülle schwieriger und recht undankbarer Aufgaben stellten. Alle diese Aufgaben am Dienst ihrer „Kunden" und der Allgemeinheit sind von der hiesigen Sparkasse bestens gemeistert worden, stets ist sie sich ihrer hohen Aufgabe bewußt gewesen. Ihr Rendant stand allen Ratsuchenden hilfreich und gerne zur Verfügung.

Es freut uns, dieses heute öffentlich anerkennen zu können, indem wir dem Jubilar zu seinem Ehrentage herzlich beglückwünschen. Möge es dem bei seinen Kollegen und der Allgemeinheit geachteten und beliebten Beamten vergönnt sein, noch lange Jahre unserer Sparkasse in der bisher bewährten Weise vorzustehen. Mögen die Schwierigkeiten im Zahlungsverkehr, die heute auch unser Sparinstitut nicht unberührt lassen, bald behoben sein und einen erneuten Aufstieg erhoffen lassen.

Der Eichenspinner

(Wickler) ist wieder an der Arbeit. Schon geht das Zerstörungswerk wieder los. Wer durch die näheren und weiteren Waldungen geht, bemerkt auf seinen Kleidern unangenehm plötzlich die bekannten dünnen Raupen, die von den zerfressenen Blättern herabgefallen sind. Man sieht schon hier und da Eichbäume, auch Buchen und Birken, an denen die Blätter ganz zerfressen sind. Hoffentlich wird es mit dieser schädlichen Raupenplage nicht so schlimm.

„Freiwilliger" Arbeitsdienst oder Arbeitsdienst„pflicht"

Unter dem Druck der Weltwirtschaftskrise, von der Deutschland naturgemäß am stärksten betroffen ist, leben wir in der Zeit des politischen Wirrwarrs. In dieser Zeit der politischen Fragezeichen, der grenzenlosen Möglichkeiten, hat die Jugend die große Pflicht und Aufgabe, sich frei und klar zu bekennen zu ihrem Sein und Wollen. Sie hat den größten Anspruch aufs Leben, sie hat daher ein Recht an der Gestaltung der Dinge mitzuwirken, nicht darf sie jegliche Geschehnisse mit laxem Achselzucken, mit unterwürfiger Bejahung hinnehmen.

Millionen arbeitswilliger Kräfte sind mit psychischer Depression zum Nichtstun verurteilt. In bitterer Erkenntnis, nicht in den Arbeitsprozeß eingegliedert zu werden, sehen sie sich der Grundlage ihrer materiellen Existenz beraubt. Das Schreckgespenst der Arbeitslosigkeit raubt dem jungen Menschen nicht nur seine materielle Sicherheit, sondern bedroht ihn auch mit körperlichem und geistigem Zerfall. Aus Furcht vor langsamem Dahinsiechen verlangt er nach irgend einer Beschäftigung, nur Erlösung von diesem lebendigen Tod. — Es kommt für den jungen Menschen die Zeit des „Sich-Besinnens". Durch den verlorenen Krieg mit seinen verhängnisvollen Folgen war das nationale Gefühl, im eigentlichen Sinne, sehr stark geschwunden. Der Gedanke des Dienens — dem Volke, dem Vaterland — hatte einem egoistischen Streben Platz gemacht.

Die materielle Not und die seelische Verzweiflung hat das nationale Bewußtsein in der Jugend wieder geweckt. Die Jugend ist bereit, dem Volke zu dienen, ihm Opfer zu bringen. Diese Ideen sieht sie heute verwirklicht im „Freiwilligen Arbeitsdienst" (FAD). „Freiwillig", ohne jeden Zwang, aus innerem Drang heraus, bietet sie dem Volke ihre brachliegende Arbeitskraft an. Einen „Dienst" will sie verrichten, nicht für sich, sondern für Volk und Nation. Das eigene Ich will sie unterordnen dem höheren und höchsten Streben, der Gesundung des Volkes. Kulturelle Werte will sie schaffen durch „freiwilligen" Dienst, sich hingeben an die letzte und höchste irdische Größe — das Vaterland.

Soll diese opfermütige Jugend die Waffen strecken gegen Bestrebungen die auf dem Wege einer Arbeitsdienst„pflicht" auf eine Militarisierung der Jugend hinzielen? — Denn schlechthin wird das eine Arbeitsdienstpflicht zur unabwendbaren Folge haben.

Die Arbeitsdienstpflicht entspringt dem Gedanken, der arbeitslosen Masse eine Beschäftigung zu geben und die Arbeitslosenziffer für eine bestimmte Zeit zu reduzieren — eine an sich zweifellos gute Idee. Doch welche Gefahren birgt dieser Gedanke in sich? Nur der Staat könnte das ausführende und überwachende Organ sein. Eine Zusammenwürfelung der weltanschaulich-politisch entgegengesetzten und differenten Geistesrichtungen ist die notwendige Folge. Aus den hieraus sich ergebenden Schwierigkeiten läßt sich der Plan nur durchführen auf militärisch-disziplinierter Grundlage. Vom pädagogischen Gesichtspunkte aus ergeben sich hier die ersten Gegensätze zwischen FAD und Arbeitsdienstpflicht (ADPfl). Der Zwang, eine berufsfremde Arbeit zu verrichten, wird eine geistige Erbmasse der Unlust, der Gleichgültigkeit, des Nichtkönnens bilden. Es ist nicht möglich, daß der AD-Gedanken neben dem Wehrgedanken besteht. Der Wehrgedanke wird den Arbeitsgedanken in sich aufnehmen. Es besteht demnach die Gefahr einer rein militärischen Erziehung der Jugend und eine Deponierung der Jugendverbände unter staatliche Oberhoheit. In pädagogischer Hinsicht führt der FAD zu weit größeren Erfolgen. Der Gemeinschaftsmensch, der Mensch, der „freiwillig" zum Wohle des Volkes sich unterordnet, prägt am schärfsten sich im Kreise gleichgesinnter. Die Ausnutzung der Arbeitskraft nach einer bestimmten Richtung verhütet eine intellektuelle Uebersättigung der strebenden Jugend.

Rein volklich betrachtet will der FAD eine innere Verbindung des Menschen mit Volk und Heimat. Eine ethisch-sittliche Kraft will diese Idee im Volke stärken. Mit seiner Arbeit sieht der FADler ein Stück Volksgut wachsen. Doch wo bleiben diese Momente mit einem Pflicht- oder Wehrgedanken? Wird der Jugendliche seine Kräfte einsetzen mit demselben Eifer wie der FADler? Nein. Der Kernpunkt des FAD-Gedankens — volle Hingabe an die letzte Größe, das Vaterland — kann nicht dem Arbeitsdienstpflicht-Wehrgedanken eingeimpft werden. Nur die Begeisterung ist die Mutter großer Taten. Die bisher durchgeführten Arbeiten auf dem Wege des FAD in Rhein-Ems-Süd- und Ostdeutschland, zeigen am besten die pädagogischen, volkswirtschaftlichen und nationalen Erfolge des FAD-Gedankens.

Die Jugend läßt sich nicht ihre letzten Ideale im harten Ringen mit der Wirklichkeit verwässern. Mit vollem Eifer sich einzusetzen für ihr Streben, mit aller Kraft sich aufzubäumen gegen eine geistige Vergewaltigung, ein Zwangsjackensystem, das ist Pflicht und Recht der Jugend. Eine einheitliche Front, deutsche Jugend, zeige jeder Anti-FAD-Strömung.

W. F.

Ausschankpreis von Spirituosen

Auf Grund der §§ 1, 3, 4 und 7 der Verordnung über die Befugnisse des Reichskommissars für Preisüberwachung vom 8. Dezember 1931 (RGBl. I S. 747) trifft derselbe folgende Anordnung:

In Gaststätten ist der Ausschankpreis von Spirituosen unter Angabe der Gemäßgrößen durch besonderen Anschlag oder auf der Speisekarte deutlich kenntlich zu machen. Als Gemäßgröße ist die aus einem Liter ausgeschenkte Gläserzahl anzugeben. Werden beispielsweise aus einem Liter 40 Gläser ausgeschenkt, so ist die Gemäßgröße als 1/40 zu bezeichnen. Bis zum 1. Oktober ist neben den jetzigen Ausschankpreisen der am 24. April 1932 geforderte Ausschankpreis auf dem Preisverzeichnis anzugeben.

Vom 1. April 1934 ab sollen beim Ausschank von Spirituosen in Gaststätten möglichst nur Gläser verwendet werden, deren Inhalt 1/10, 1/20, 1/25, 1/30, 1/40, 1/50 Liter entspricht.

Das Mietbeihilfesystem

Der Amtliche Preußische Pressedienst schreibt:

Gemäß § 9 Abs. 2. Ziff. 1a und b der Hauszinssteuerverordnung war die Hauszinssteuer zu stunden und niederzuschlagen bei Mietwohnungen, soweit deren Nutzungsberechtigten und die ihren Haushalt teilenden Familienangehörigen zusammen nachweisbar einen Arbeitslohn oder ein sonstiges Einkommen von nicht mehr als 1200 RM bezogen oder sofern Sozialrentner, Kleinrentner, Kriegsbeschädigte, Hinterbliebene, die eine öffentliche Unterstützung oder eine Zusatzrente erhalten oder Erwerbslose oder andere bedürftige Personen, welche die volle gesetzliche Miete nicht zahlen können, Mieter sind. Diese Vorschriften sind durch die Verordnung zur Sicherung des Haushalts vom 8. Juni 1932 — GSS 199 — mit Wirkung vom 1. Juli 1932 ab aufgehoben, d. h. es werden von diesem Zeitpunkte ab Hauszinssteuerstundungen und Niederschlagungen zu Gunsten hilfsbedürftiger Mieter hinsichtlich ihrer Wohnungen in der alten Weise nicht mehr gewährt.

Die Unterstützung hilfsbedürftiger Mieter obliegt künftig den Bezirksfürsorgeverbänden nach Maßgabe der Fürsorgepflichtverordnung und den Richtlinien der Bezirksfürsorgeverbände für die Unterstützung hilfsbedürftiger Personen. Zur Deckung der erhöhten Unkosten sind vom Staate den Bezirksfürsorgeverbänden entsprechende Mittel bereitgestellt. Hilfsbedürftige Mieter haben daher ihre Anträge auf Erhöhung ihrer Unterstützung sogleich an das zuständige Wohlfahrtsamt zu richten. Die sofortige Nachprüfung und Entscheidung dieser Anträge ist bei der Masse der Anträge zur Zeit nicht möglich.

Mit Rücksicht hierauf hat der Preußische Finanzminister zur Vermeidung von Härten in der Uebergangszeit genehmigt, daß den Hauseigentümern, denen bisher Hauszinssteuerstundungen zu Gunsten hilfsbedürftiger Mieter gewährt wurden, für den Monat Juli d. J. stillschweigend, also ohne neuen Antrag, noch ein entsprechender Hauszinssteuerbetrag ohne Ziel auf Niederschlagung zinslos gestundet wird, und zwar bis zur erstinstanzlichen Entscheidung der Fürsorgebehörde. Sollte über die Anträge fürsorgeberechtigter Mieter durch die Fürsorgebehörden in einzelnen Orten im Laufe des Monats Juli in erster Instanz noch nicht entschieden werden, so kann der Vorsitzende des Grundsteuerberufungsausschusses im Benehmen mit dem Regierungspräsidenten (für Berlin Oberpräsident) auf Antrag eine entsprechende Regelung noch für den Monat August genehmigen.

Liegt die Entscheidung der ersten Instanz der Fürsorgebehörde vor, so ist zu unterscheiden, ob der Antragsteller als hilfsbedürftig anerkannt ist und nunmehr seine Unterstützung mit Rücksicht auf den Fortfall der Hauszinssteuerniederschlagung erhöht worden ist oder nicht. Ist ihm als Hilfsbedürftiger seine Unterstützung erhöht worden, so hat er den Mietbetrag, der dem bisher gestundeten Hauszinssteuerbetrag entspricht, für Juli aus der Nachzahlung des Fürsorgeverbandes an den Vermieter zu entrichten, jedoch in keinem Falle mehr als der Nachzahlungsbetrag des Fürsorgeverbandes ausmacht. Soweit die Nachzahlung bei einem hilfsbedürftigen Mieter geringer ist als der bisher gestundete Hauszinssteuerbetrag, ist der Unterschiedsbetrag für den Monat Juli auf Antrag niederzuschlagen. Ist dagegen der Antragsteller von der Fürsorgebehörde nicht mehr als hilfsbedürftig anerkannt und wird ihm daher keine Unterstützung mehr gewährt, so ist ebenfalls auf Antrag der auf die Wohnung des Mieters entfallende Hauszinssteueranteil für den Monat Juli niederzuschlagen.

Durch diese Regelung ist für die Mieter, deren Hilfsbedürftigkeit anerkannt oder abgelehnt worden ist, erreicht, daß für den Monat Juli keine Aenderung in ihren tatsächlichen Mietzahlungen eintritt und sie Zeit für eine etwa nötige Umstellung, insbesondere hinsichtlich eines Wohnungswechsels gewinnen. Zur Erleichterung des Wohnungswechsels können Hilfsbedürftigen Umzugsbeihilfen von den Bezirksfürsorgeverbänden gewährt werden. Solange sie rechtlich oder tatsächlich insbesondere durch das Fehlen geeigneter Wohnungen gehindert sind, eine andere angemessene Wohnung zu finden, sind die Verhältnisse des Einzelfalls, darunter auch der tatsächliche Wohnungsaufwand für die Bemessung der Mietsbeihilfe, gegebenenfalls über den im Richtsatz hinaus dafür vorgesehenen Betrag zu berücksichtigen.

Was das Kündigungsrecht anbelangt, so bestimmt sich das Kündigungsrecht des Mieters in erster Linie nach dem Mietvertrag, in zweiter Linie nach § 565 BGB. Der Schutz des Mieters und das Zusammenwirken der Gerichte mit den Fürsorgebehörden ergibt sich aus den §§ 3 und 10 des Mieterschutzgesetzes.

Die finanzielle Lage der Gemeinden

Einschränkung der öffentlichen Lustbarkeiten

Bürgermeister Becker zu Attendorn hat in einem Schreiben sämtliche Vereine in Stadt und Amt Attendorn gebeten, mit Rücksicht auf den Ernst der gegenwärtigen Lage im Laufe dieses Jahres auf öffentliche Feste mit Tanzvergnügungen zu verzichten. Das Abhalten von Festlichkeiten müßten die notleidenden Volksgenossen als Hohn empfinden. Die Behörde werde die Teilnahme an Festlichkeiten ablehnen.

Eine sterbende Stadt

Die Stadt Bischofswerda in Westpreußen hat durch die neuen politischen Grenzen ihr Hinterland verloren. Damit ist ihr Wirtschaftsleben völlig zusammengebrochen. Die Einwohnerzahl ist von 2400 auf 1897 zurückgegangen. 70 v. H. der Einwohner müssen aus öffentlichen Mitteln unterhalten werden. Nur noch 19 Einwohner sind zur Einkommensteuer veranlagt. Eine Kleine Anfrage im Preußischen Landtag fordert eine sofortige durchgreifende Hilfe von der Staatsregierung.

Von der Not der deutschen Gemeinden

Nicht weniger als 42 v. H. der Einwohner der Industriestadt Kastrop-Rauxel sind erwerbslos. Davon standen am 1. Mai in öffentlicher Fürsorge 5320 Parteien mit 12 333 Personen. Darunter befinden sich 3878 Wohlfahrtserwerbslose. Dazu kommen die vom Arbeitsamt aus betreuten 8688 Parteien mit 17 154 Personen; von denen zwei Drittel bereits in der Krisenunterstützung sind.

Erschreckende Finanzlage des Ennepe-Ruhr-Kreises

Der Ennepe-Ruhr-Kreis hat seinen Haushaltplan für 1932/33 fertiggestellt. Es ist ein Fehlbetrag von über 6 Millionen Mark zu verzeichnen. In dem Haushalt sind für Wohlfahrtszwecke rund 8 Millionen Mark eingesetzt. Im Vorjahr belief sich die hierfür eingesetzte Summe auf rund 4,5 Millionen Mark. Die Verwaltungskosten sind von 450 000 auf 300 000 Mark gesenkt worden. Der Kreis wird seinen Verpflichtungen aus eignen Mitteln nicht nachkommen und den Fehlbetrag nicht decken können.

Riesige Kreisumlagen

Der Haushaltplan des Kreises Bunzlau weist, wie in der letzten Kreistagssitzung bekanntgegeben wurde, einen ungedeckten Fehlbetrag von 1 032 622 Mark auf. Dieser ist zurückzuführen auf die Ausgaben für die Wohlfahrtserwerbslosen und auf den Mindereingang der Kreissteuern. — Der Kreistag beschloß, an Kreissteuern 89,08 v. H. zu erheben. Mit diesem Steuersatz gehört der Kreis Bunzlau zu den höchstbesteuerten in ganz Preußen.

Der Kurszettel der Hausfrau

Versteigerungsbericht der Kreis- Obst- und Gemüseverwertungsgenossenschaft Opladen vom 30. Juni 1932

Frühkartoffeln 4,7—5,5; Frühkartoffeln kleine 2,8—4; Sommerspinat 1,4—4,1; Maiwirsing 1—4,9; Spitzkohl 5—6,5; Strauchbohnen 33—41; Dicke Bohnen 7,1—8,2; Erbsen 13—16,8; Salaterbsen 15—27; Rhabarber 3,2; Rübstiel 2; Schnittgemüse 0,60; Stachelbeeren 12,8—13,8; Kirschen 23—26; Erdbeeren 24—28; pro 100 Pfund; Suppengrün 1,5—2,9; Möhren 2,5—6,5 pro 100 Bund; Porree 1,7—5; Blumenkohl 1. Sorte 19—33; Blumenkohl 2. Sorte 10—15; Kopfsalat 1. Sorte 2,9—6,3; Kopfsalat 2. Sorte 0,7—2,4; Treibhausgurken 1. Sorte und Ia 13,1—18,5; Treibhausgurken 2. Sorte 10,3—12,8; Kohlrabie blau 2,7—5,4; Kohlrabie weiß 0,7—3,8; Hühnereier 7—7,4; Enteneier 5,5 pro 100 Stück; Petersilie 1,6—2,5 pro 100 Bund; Sellerie 3,6—3,7 pro 100 Stück; Suppenhühner 0,54—0,58 pro Pfund.

Tendenz: Anfuhr sehr stark. Nachfrage gut.

Nächste Versteigerungen Montag, Mittwoch und Freitag.

Ringen in Hilgen

Am morgigen Samstag, den 2. Juli, findet im Saale H. Prante, Hilgen der Revanchekampf Hilgen gegen Hitdorf statt. Die Mannschaften treten sich wie folgt gegenüber:

Hitdorf		Hilgen
Schmitz	Bantamgewicht	Fussie
Merten	Federgewicht	Lempert
Braun	Leichtgewicht	Faßbender
Meyer 2	Weltergewicht	Pistohl
Klug 1	Mittelgewicht	Gelhaus
Meyer 1	Halbschwergewicht	Röttger
Klug 2	Schwergewicht	Schüller

In Dabringhausen ist Kirmes

Am Sonntag und Montag hat Dabringhausen seine Kirmes. Die Kirmes an und für sich ist in heutiger Zeit nicht mehr das Volksfest wie vor Jahrzehnten. Ehemals war sie „das Fest", das monatelang mit Ungeduld erwartet wurde und für das man Groschen und Pfennige gerne und eifrig sparte. Heute ist der Reiz der Kirmes dahin. Die Jugend, die den Hauptteil der Besucher stellt, hat Sonntag für Sonntag Vergnügen, seien es Tanz, Vereinsausflüge, Kinos, Besuch von Sportveranstaltungen oder ähnliches; ihr bietet die Kirmes also nur wenig. Und die Erwachsenen? Die wenigsten von ihnen haben angesichts der trostlosen Wirtschaftslage Lust in den Kirmestrubel unterzutauchen. Den Gastwirten und Unternehmen, die die schlechte Wirtschaftslage an sich selbst spüren, ist auf jeden Fall zu gönnen, daß die Kirmes eine Auffrischung ihrer Kasse bringt. Wir wollen gerne hoffen, daß den Wirten und Unternehmungen volle Häuser beschieden sein mögen.

Im Anzeigenteil der vorliegenden Ausgabe laden verschiedene Dabringhausener Wirte zu Kirmesveranstaltungen ein.

Ehret das Alter!

Am 29. Juni feierte in seltener körperlicher und geistiger Frische der Veteran von 1870/71 Hermann Kirchlöh zu Löh (Gemeinde Wermelskirchen) seinen 87. Geburtstag. Anfänglich ein Gerber, dann ein Weber, wurde er bei dem früheren Rückgang dieser Industrie schon früh mit dem Butterhandel bekannt. Er kaufte in den landwirtschaftlichen Nachbarbezirken die Butter bei den Bauern auf, um sie dann in die anwachsenden Großstädte zu bringen. Fleißig von früh bis spät, hatte Kirchlöh schon vor dem Kriege einen beachtlichen Butterhandel. Sein schalkhaft freundliches Wesen hat ihm selbst manche Stunde erleichtert, wie er denn auch manchem einen Scherz bereitet hat. Möchte er in unveränderter Frische noch einen recht fröhlichen Lebensabend haben.

Der Neuenhausener Jungfrauenchor unter Leitung des Herrn Hauptlehrer Müller und der Posaunenchor unter Leitung des Herrn Gustav Eckstein brachten dem Geburtstagskind ein gemeinsames Ständchen, das auch über den Kreis der Geburtstagsgäste hinaus ein willkommenes Echo fand. Beide Chöre haben schon manchem über achtzig Jahre altem Gemeindeglied durch ihre Weisen ihren Geburtstag verschönern helfen.

Neue Krankenkassenärzte

In seiner Sitzung am 24. Juni 1932 hat das Schiedsamt beim Oberversicherungsamt für den Regierungs-Bezirk Düsseldorf beschlossen, im Bezirk des Versicherungsamtes für den Rhein-Wupper-Kreis folgende Aerzte zur Krankenkassen-Praxis zuzulassen:

1. Dr. Gustav Neumann, Facharzt für Frauenkrankheiten und Geburtshilfe in Leverkusen-Wiesdorf,
2. Dr. Josef Borgmann, Facharzt für Chirurgie und Frauenkrankheiten in Leverkusen-Wiesdorf,
3. Dr. Wilhelm Bröcker, Facharzt für innere Krankheiten in Opladen.

Sühnetermin wegen der Entlassung am Reichsbahnausbesserungswerk Opladen

Am Mittwoch fand am Arbeitsgericht in Wuppertal-Elberfeld ein Termin statt, der sich mit der Prüfung der erhobenen Einsprüche gegen die Entlassungen beim Reichsbahnausbesserungswerk Opladen zu befassen hatte. Es waren die Vertreter der drei Gewerkschaften, Vertreter des Betriebsrates Opladen und zwei Vertreter der Reichsbahn zugegen. Die Verhandlungen hatten aber keinen positiven Erfolg. Der Richter erklärte nach Darlegung der Sachlage beider Parteien, daß die Parteien vorher nochmals unter sich verhandeln sollten, um nach gewissen Richtlinien die erhobenen Einsprüche auf ein erträgliches Maß herunterzudrücken. Die hierbei zugrunde liegenden Richtlinien, nach denen die Verwaltung und die Vertreter in verschiedenen Fällen schon gearbeitet haben, sind von dem Landes- sowie Reichsgericht anerkannt worden. Die Verhandlungen der beiden Parteien sind auf den 7. Juli im Verwaltungsgebäude Opladen angesetzt worden.

Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie

Die Ziehung der 4. Klasse 39./265. Lotterie ist am 13. und 14. Juli 1932. Die Erneuerung zu dieser Klasse hat bis spätestens Mittwoch, den 6. Juli, 18 Uhr, unter Verlust des Anrechts bei den zuständigen staatl. Lotterie-Einnehmern zu erfolgen. Die Vorklassenlose sind bei jeder Erneuerung vorzulegen.

Der neue Schlachttarif

Wir verweisen auf den in heutiger Ausgabe veröffentlichten Tarif für die Schlachttung von Rindvieh, Schweinen und Schafen auf Grund des Schlachtsteuergesetzes vom 8. und 21. Juni 1932.

Wie wird das Wochenendwetter?

Ueber die Wetteraussichten zum Wochenende schreibt die Aachener Wetterwarte:

Infolge Aufbaus eines Zwischenhochs kam es zuletzt zu einer Wetterbesserung mit Aufklarung und Erwärmung. Weitere Randstörungen dürften auch unser Wetter zeitweise beeinflussen, so daß im ganzen warmes und freundliches, aber nicht durchaus beständiges Wetter mit Bewölkungsschwankungen und gewittrigen Störungen herrschen wird.

Wahlzeit in der Ernte

Der Reichsminister des Innern, Freiherr von Gayl, hat eine Verordnung zur Reichstagswahl erlassen, in der bestimmt wird, daß in den ländlichen Stimmbezirken, bei denen mit Erntearbeiten zu rechnen ist, der Beginn der Abstimmungszeit, abweichend von der Reichsstimmordnung, auf 7 Uhr vorverlegt werden kann. Ist die Abstimmungszeit vorverlegt, so kann sie in den ländlichen Stimmbezirken mit weniger als 1000 Einwohnern um 15 Uhr endigen, wenn mit dem Erscheinen von Stimmscheininhabern in größerer Zahl nicht zu rechnen ist; andernfalls muß sie bis 17 Uhr dauern.

Ab heute volle Umsatzsteuer

Die Dezembernotverordnung brachte die Erhöhung der Umsatzsteuer von 0,85 Prozent auf 2 Prozent. Dieser Satz sollte nur auf Leistungen und Entgelte Anwendung finden, die nach dem 31. Dezember 1931 erfolgten. Vor dem 1. Januar 1932 getätigte Abschlüsse sollten nicht betroffen werden, und zwar blieben derartige Geschäfte bis 30. Juni 1932 zum alten Satz steuerpflichtig. Eine Verlängerung dieser Frist ist nicht vorgenommen worden; vom 1. Juli ab unterliegen also alle Leistungen und Vereinnahmungen dem Steuersatz von 2 Prozent, ohne Rücksicht auf ihr Entstehungsdatum.

Die Umsatzsteuerfreiheit bis zum Betrag von 5000 RM jährlich kommt ab 1. Juli ebenfalls in Wegfall. Von diesem Tage ab sind sämtliche Umsätze steuerpflichtig; eine Steuerbefreiung kommt nur dann für die Entgelte vor dem 1. Juli in Frage, wenn der Gesamtumsatz im laufenden Jahr 5000 RM nicht übersteigt. Hat ein Gewerbetreibender also in der ersten Hälfte 3000 RM umgesetzt, so bleiben diese steuerfrei, wenn er im zweiten Halbjahr nur 2000 RM (insgesamt 5000 RM) umsetzt. Die 2000 RM sind aber zum Satz von 2 Prozent umsatzsteuerpflichtig.

Aus dem Rhein-Wupper-Kreis

Rind auf der Weide abgeschlachtet

Opladen-Lützenkirchen, 1. Juli. Nachdem man es in der letzten Zeit vielfach auf Hühner abgesehen hatte, wurde in der Nacht auf Mittwoch dem Landwirt Robert Wette in der Hufe ein Rind auf der Weide abgeschlachtet. Kopf und Eingeweide ließen die Diebe liegen. — Einem Landwirt in Holzhausen wurden Frühkartoffel aus dem Felde gestohlen.

Beim Einbruchsversuch gefaßt

Opladen, 1. Juli. Drei Personen versuchten in der Nacht zum Donnerstag im Stadtgebiet einzubrechen. Sie wurden jedoch beobachtet und von der Polizei an der Wupperbrücke gestellt. Zwei der Burschen konnten festgenommen werden, während der dritte entkam. Von ihm sind aber die Personalien bekannt, so daß man auch seiner habhaft werden wird. Das reichhaltige Einbrecherwerkzeug der Festgenommenen wurde beschlagnahmt.

Konkurs wird durchgeführt

Leverkusen, 1. Juli. Die Leitung der Gemeinnützigen Baugenossenschaft hatte gegen die Eröffnung des Konkurses beim Düsseldorfer Landgericht Einspruch erhoben. Dieser Einspruch wurde jetzt von der Beschwerdekammer zurückgewiesen, so daß sich der Konkurs nunmehr entwickeln wird.

Zu Fuß nach Frankfurt

Leverkusen, 1. Juli. Auf dem Fußmarsch zum Deutschen Sängerbundesfest in Frankfurt/Main passierten gestern vier junge Sänger vom Wichlinghauser MGV 1852 Leverkusen. Sie führten einen kleinen schön geschmückten Handwagen mit sich, der die kleinen Habseligkeiten trug. Durch den Verkauf von Postkarten hoffen die unternehmungslustigen jungen Sänger ihren Unterhalt zu verdienen. So für das deutsche Volkslied werbend, ziehen die Sänger von Stadt zu Stadt, das Nützliche mit dem Guten verbindend.

Kulturarbeit in der Richrather Heide

Langenfeld, 1. Juli. An den Gutshöfen der Gemeinde in der Richrather Heide wurde im vergangenen Jahr bereits eine Fläche von rund 100 Morgen mit einer Dauer-Dränageanlage versehen, wodurch die Anbaufähigkeit des Bodens bedeutend gehoben wurde. Seit einigen Tagen ist man wieder flott mit Entwässerungsarbeiten beschäftigt. Der rührigen Heidegenossenschaft ist durch Vermittlung des Landeskulturamts ein Darlehen bewilligt, das die wichtigen Arbeiten an 40 Morgen ermöglicht. Ein größeres Darlehen steht noch für diesen Sommer in Aussicht. Die Arbeiten werden im Rahmen der Arbeitsdienstpflicht der Unterstützungsempfänger geleistet. Die zur Verfügung stehenden Mittel reichen aus, daß nach Bewilligung des weitern Darlehens noch weitere 150 Morgen mit etwa 50 Arbeitern entwässert werden können. Damit sind dann die Arbeiten in dem Gebiet, soweit es für unsere Gemeinde in Frage kommt, zum Abschluß gebracht.

Im Hafen ertrunken

Hitdorf, 1. Juli. Mittwoch nachmittag kurz nach 5 Uhr ertrank beim Baden im Hafen der zweite Maschinist eines hier vor Anker liegenden Motorschiffes. Kurz nachdem der Verunglückte ins Wasser gegangen war, rief er seine Kollegen um Hilfe an; ehe jedoch Hilfe gebracht werden konnte, versank er in den Fluten. Er konnte kurz nachher tot geborgen werden. Der Verunglückte ist 21 Jahre alt und stammt aus Frankfurt a. M.

Schwerer Unfall durch Reifenschaden

Immigrath, 1. Juli. Auf der Solinger Straße unweit der Wirtschaft Plesser ereignete sich in der Nacht zum Mittwoch ein schweres Autounglück. Die Gemüsehändler Willi Lühmann und Erwin Ferres aus Elberfeld fuhren mit ihrem Lieferauto in der Richtung Köln, als plötzlich der Schlauch des rechten Hinterrades platzte. Mantel und Schlauch rissen von den Felgen. Der hochbeladene Wagen geriet ins Schleudern, überschlug sich zweimal und prallte gegen ein Haus. Die Insassen flogen auf das Straßenpflaster und trugen schwere Verletzungen davon; sie wurden mit dem Sanitätsauto in das Krankenhaus Richrath gebracht.

Jeder zweite Bürger wird unterstützt

Burg a. d. W., 1. Juli. Die Verwaltung legte in der vorgestrigen Stadtverordnetensitzung den Haushaltsplan für 1932 vor. Die Einnahmeseite schließt mit 182 900 Mark, die Ausgabenseite mit 210 530 Mark ab. Es ergibt sich somit ein Fehlbetrag von 27 630 Mark. Rechnet man den Fehlebetrag aus den Vorjahren hinzu und zieht die gewährten Staatszuschüsse von 20 300 Mark ab, so verbleibt ein Gesamtfehlbetrag von 32 630 Mark. Während bei der allgemeinen Verwaltung die Ausgaben um 9000 Mark gesunken sind, erhöhten sie sich bei der Fürsorge um rund 35 000 Mark auf 124 450 Mark. Die Fürsorgelasten bereiten die größte Sorge. Rund 600 Personen werden unterstützt, das heißt, jeder zweite Burger Einwohner. Die Bier-, Getränke- und Hundesteuer sind verlängert worden, dagegen wurde die Bürgersteuer, die einen 3½fachen Satz hatte, abgelehnt. Der Haushaltsplan des Wasserwerks ist mit 8100 Mark in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen.

Gemeine Tierquälerei

Berg. Born, 1. Juli. Dem Landwirt Heyder in Bergisch Born, wurde in der vorvergangenen Nacht auf der Weide ein Rind abgestochen. Die Stiche, die die Täter dem Tier versetzten, waren aber nicht tödlich, und das arme Tier rannte wie wild auf der Weide herum, bis es tot zusammenbrach, wo man es dann gestern morgen fand. Die Täter sind noch nicht ermittelt. Hoffentlich gelingt es, diese gemeinen Burschen zu fassen, damit sie einer exemplarischen Strafe zugeführt werden können.

Aus der näheren Umgebung

Wuppertal

Nationalsozialist verhaftet

Der Untersuchungsrichter hat gegen den 21-jährigen Monteur Herzig aus Vohwinkel, der der NSDAP angehört, Haftbefehl erlassen. Herzig gehörte zu den drei Nationalsozialisten, die in der Nacht zum Montag den Kommunisten Claus in Vohwinkel erschossen haben.

Sechs Verletzte bei einem Verkehrsunfall

Oberhalb der Kohlfurterbrücke in Cronenberg verunglückte ein Autobus, der sich mit einer Anzahl junger Leute aus Aachen auf der Rückfahrt von einem Ausflug ins Bergische Land befand. Auf der ziemlich abschüssigen Landstraße gegenüber Berghausen versagte die heißgelaufene Bremse, und der Wagen fuhr gegen einen Bergabhang. Während es den meisten Insassen gelang, vor dem Unfall abzuspringen, wurden sechs Personen durch Glassplitter verletzt.

180 000 Mark Geldstrafe für eine Schmugglerbande

Das Schnellschöffengericht verurteilte gestern die vier am Mittwoch in Köln festgenommenen Schmuggler Eck, Küppers, Lasseck aus Elberfeld und Heuer aus Gevelsberg zu je 45 000 Mark Geldstrafe bezw. 90 Tage Gefängnis, außerdem Eck und Heuer zu je zwei Monaten, Lasseck zu vier und Küppers zu sechs Monaten Gefängnis.

Die Schmugglerbande war Mittwochabend von Beamten der Zollfahndungsstelle Wuppertal auf der Südbrücke in Köln gestellt worden. Nach einer Jagd durch die Straßen Kölns gelang es den Zollbeamten, den Wagen der Schmuggler auf die Landstraße abzudrängen, wo er unter Waffenandrohung zum Halten gezwungen werden konnte. In dem Auto fanden die Beamten nicht nur 26 000 geschmuggelte Zigaretten, sondern auch alte bekannte Schmuggler, denn die drei Elberfelder waren Insassen jenes Schmugglerautos, das vor etwa zwei Wochen nach einer Schießerei bei Dornap angehalten werden konnte. Damals fielen den Zollbeamten 46 000 Zigaretten in die Hände.

Düsseldorf

Beschlagnahme von Waffen

In Verfolg der weiteren Ermittlungen über die Waffen- und Munitionsfunde am 21. Juni in der Kölner Straße ist es der politischen Polizei gelungen, noch folgende Waffen und Munition zu beschlagnahmen: Zwei große Mauserpistolen, zwei große Trommelrevolver, eine Handgranate, ein Schlagring, 105 Schuß Munition, ferner zwei Anschlagkolben zu den Mauserpistolen und drei Pistolentaschen. Im Zusammenhang mit den Waffenfunden sind 14 Kommunisten vorläufig festgenommen worden, die im dringenden Verdacht stehen, bei verschiedenen Fällen mit den bezeichneten Waffen ausgerüstet gewesen zu sein und sie bei politischen Vorgehen gegen Andersdenkende gebraucht zu haben.

Köln

Brückenspringer tötlich verunglückt

Gestern um 20,40 Uhr sprang einer der Brückenspringer, der sogenannte „blonde Hans", von der Hohenzollernbrücke. Trotz vorherigem Warnen eines anderen Brückenspringers machte er den sogenannten Fußsprung. Dabei fiel er anstatt mit dem Kopf mit dem flachen Körper auf die Wasserfläche. Der Unglückliche tauchte noch einmal auf und verschwand dann. Mehrere Leute sprangen ins Wasser, um ihn zu bergen. Ihr Bemühen blieb aber leider erfolglos. Eine größere Menschenmenge war Zeuge des Todessturzes. Wie man hörte, hat die Sammlung, für die der Tote den Sprung wagte, die Summe von 1,80 bis 2 Mark ergeben.

Mord am Türmchenswall

Vor einem Hause am Thürmchenswall wurde vergangene Nacht gegen 11,30 Uhr von einem Motorradfahrer in eine Menschengruppe geschossen. Ein verheirateter Mann, Vater von zwei Kindern, blieb schwer getroffen auf der Straße liegen. Auf dem Transport ins Krankenhaus ist er seinen schweren Verletzungen erlegen. Durch die Schüsse wurden zwei weitere Männer leicht verletzt.

Ueber die Tat, die am Thürmchenswall und in der ganzen Gegend am Eigelstein große Empörung und Unruhe hervorgerufen hat, erfährt das „Kölner Tageblatt" folgende Einzelheiten: Vor dem sogenannten Leimhof, einem Hause am Thürmchenswall, stand ein Motorradfahrer mit seinem Rad. Der Fahrer, der nach den Angaben der Leute ein Nationalsozialist ist, und Bekannte in einem in der Nähe liegenden Hause besuchte, fühlte sich durch eine Gruppe von politisch linksorientierten Männern bedroht. Er rief ihnen zu: Straße frei! und feuerte dann sofort aus seiner Pistole vier Schüsse ab, durch die ein Mann getötet und zwei verletzt wurden. Dann sprang er auf sein Motorrad und fuhr in schnellster Fahrt den Thürmchenswall herunter, bog in die Cleverstraße ein und verschwand.

Köln. Verlängerung der Hollandanleihe der Stadt Köln. Der Finanzausschuß der Stadt Köln hat in geheimer Sitzung beschlossen, das Angebot der Holländer, die 5-Millionen-Holland-Anleihe zu 7 Prozent auf fünf Jahre zu verlängern, anzunehmen.

Lausanne ohne Entscheidung

Die Bemühungen zur Schaffung eines mit den deutschen Bedürfnissen in Einklang stehenden neuen Vorschlages sind bisher nicht zum Abschluß gelangt.

Ungeachtet des von der deutschen Abordnung herausgegebenen Dementis, versuchen die Pariser Blätter auch weiterhin der Oeffentlichkeit glauben zu machen, als ob die deutsche Abordnung eine Rechtszahlung unter der Bedingung angeboten hätte, daß man das Reich von den Fesseln des Versailler Vertrages befreie. Von diesen Voraussetzungen ausgehend knüpfen die Blätter ihre Betrachtungen an die Haltung des Reichskanzlers. Das „Echo de Paris" glaubt nicht mehr an einen Erfolg in Lausanne und spricht von der Agonie der Verhandlungen. Man habe den Eindruck, daß die deutsche Abordnung absichtlich auf eine Vertagung der Konferenz hinarbeite (!!!). Auch der französische Ministerpräsident habe bei seinen letzten Besprechungen mit dem Reichskanzler diesen Eindruck gewonnen. Der „Petit Parisien" stellt ebenfalls fest, daß die leichte Entspannung vom Mittwoch nicht angehalten habe. Das Schweigen der deutschen Abordnung, die bisher noch keinerlei Ziffern für die Restzahlung genannt habe, lasse die Meinung aufkommen, als ob sie sich einen Betrag aufzwingen lassen wolle.

Die französische Delegation übergab der französischen Presse die Antwortrede, die Mittwochabend Germain-Martin in Beantwortung der Rede des deutschen Reichsfinanzministers hätte halten sollen. Frankreich gibt zu, heißt es in der Rede, daß eine Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft endgültig sein muß und daß auch die wirtschaftlichen und kommerziellen Verhältnisse der anderen Länder geregelt werden müssen. Frankreich erkenne an, daß Deutschland im Augenblick keine Zahlungen leisten könne.

Ministerpräsident Herriot ist in Begleitung des Handelsministers heute vormittag in Paris eingetroffen. Er erklärte: Die französische Delegation ist sehr ruhig; sie weiß, was sie will und die Franzosen können genau so ruhig bleiben wie wir.

In einer Unterredung mit dem Lausanner Berichterstatter der „Daily Mail" äußert sich Herriot über den Ausgang der Lausanner Konferenz noch immer optimistisch.

Der englische Schatzkanzler ist von MacDonald telefonisch aufgefordert worden, sofort wieder nach Lausanne zurückzukehren, nachdem er erst am Donnerstag in London eingetroffen war.

Der britische Gesandte in Budapest hat gestern eine Einladung des Vorsitzenden der Lausanner Konferenz, übermittelt, in der die ungarische Regierung ersucht wird, ihre Delegierten in kürzester Zeit zur Konferenz zu entsenden.

Die Lage in Genf

Die amerikanische, englische und französische Delegation hatten gestern nachmittag in Genf wieder eine gemeinsame Besprechung über Abrüstungsfragen. Von englischer Seite wird betont, daß man sich lediglich über technische Fragen unterhalten habe.

Die amerikanische Delegation meldet aus Genf mit großer Befriedigung, daß an der Verwirklichung der im Hoovervorschlag niedergelegten Grundsätze drei Mächtegruppen enthusiastisch mitarbeiteten. Schwierigkeiten bestünden lediglich bei England und Frankreich.

Das Neueste

Zwischen dem Reich und einem inländischen Bankenkonsortium unter Führung der Reichsbank ist ein Abkommen erzielt worden, demzufolge dem Reich ein Ueberbrückungskredit von 125 Millionen zur Ueberwindung der Kassenschwierigkeiten am Juli-Ultimo gewährt wird.

Der bayerische Landtagspräsident Dr. Stang hat gestern auf das Protestschreiben der Landtagsfraktion der NSDAP eine schriftliche Antwort erteilt, in der u. a. betont wird, daß auch während der Dauer der Ausschließung von 41 Nationalsozialisten noch 87 Mitglieder Gelegenheit zur Teilnahme an den Sitzungen gehabt hätten. Es könne deshalb unter keinen Umständen davon gesprochen werden, daß bei der Stellungnahme zu der Erklärung der Staatsregierung eine Willenskundgebung des Bayerischen Landtages nicht vorliege.

Der Landtag von Thüringen verabschiedete am Donnerstagabend den thüringischen Haushaltsplan für 1932, der mit einem Fehlbetrag von 2 581 130 RM abschließt. Am Freitag soll über Auflösungsanträge der Kommunisten und Nationalsozialisten abgestimmt werden.

Der Vorstand des Deutschen Industrie- und Handelstages nahm zu den wichtigsten wirtschaftspolitischen Fragen Stellung.

Kurz nach Mitternacht wurden in Berlin zwei nationalsozialistische Verkehrslokale aus mit Kommunisten besetzten Autos beschossen. Acht Nationalsozialisten wurden verletzt, einer von ihnen schwer. Außerdem wurde eine Frau durch einen Schuß leicht verletzt. Die Täter sind entkommen.

Bei einem Zusammenstoß zwischen Anhängern der KPD und der NSDAP in Hattingen wurde ein Kommunist getötet.

Vor dem Finanzausschuß der französischen Kammer erstattete Budgetminister Palmade über den Stand der französischen Finanzen Bericht und verlangte energische Maßnahmen zur Besserung der Kassenlage.

Im französischen Haushalt ist mit einem Fehlbetrag von 6,5 Milliarden Franken zu rechnen.

Präsident Hoover hat das vom Senat verabschiedete Gesetz über die Einsparungen am Staatshaushalt unterzeichnet.

Der Wahlkampf beginnt

Wie die Germania mitteilt, beginnt die Zentrumspartei am kommenden Sonntag den Wahlkampf mit großen Kundgebungen in allen Teilen des Reiches. Die Parole der Zentrumspartei für den Wahlkampf lautet „Zurück zu Brüning! Zu seiner nationalen, kraftvollen außenpolitischen Linie, zu seiner Politik innerer Ordnung und inneren Friedens".

Der frühere Reichskanzler Dr. Brüning wird im Wahlkampf der Zentrumspartei am Sonntag in vier Städten des Rheinlands sprechen, an den darauffolgenden Tagen an anderen Orten des Rheinlands.

In Kreisen der Staatspartei soll die Absicht bestehen, für die Reichstagswahl mit dem Zentrum eine Listenverbindung einzugehen.

Die Deutsche Volkspartei soll, wie in politischen Kreisen verlautet, in ein gleichartiges Verhältnis zu den Deutschnationalen treten.

Westdeutsches

Bad Godesberg. Rätselhafter Tod eines englischen Aristokraten. In der Nähe von Bad Godesberg wurde morgens die Leiche eines englischen Staatsangehörigen an Land geschwemmt, der als Rupert Brook identifiziert wurde. Allem Anschein nach liegt Selbstmord vor, doch konnte dies nicht mit Sicherheit festgestellt werden, sodaß auch ein Unglücksfall nicht ausgeschlossen erscheint. Wie verlautet, handelt es sich bei dem Toten um einen Angehörigen der englischen Hocharistokratie. Nähere Einzelheiten waren von der Polizei nicht in Erfahrung zu brinaen.

Euskirchen. 862000 Mark Fehlbetrag im Kreise. In der Sitzung des Kreises wurde der Haushaltsplan verabschiedet. Er sieht in Einnahmen 1 289 371 RM. und in Ausgaben 2 151 371 RM. vor, sodaß ein ungedeckter Fehlbetrag in Höhe von 862 000 RM. vorhanden ist. Wie der Fehlbetrag gedeckt werden soll, steht noch nicht fest; eine Erhöhung von Steuern oder eine Neueinführung kommt nicht in Frage, da der Bevölkerung keine größeren Lasten zugemutet werden können. Man hofft, daß Reich und Staat einspringen, zumal das Defizit ausschließlich durch die hohen Wohlfahrtslasten entstanden ist.

Gladbach-Rheydt. Nicht Mord, sondern Selbstmord? Die eingehenden Ermittlungen der Polizei wegen der gemeldeten Auffindung der Leiche der Frau Thelen haben bisher keinen Anhaltspunkt dafür ergeben, daß ein Mord vorliegt. Die Beamten neigen vielmehr der Ansicht zu, daß sich die Frau selbst den Arm mit einem Beil abgeschlagen und sich dann in der Jauchegrube ertränkt hat. Der Ehemann der unglücklichen Frau ist völlig zusammengebrochen und ist noch nicht vernehmungsfähig.

Essen. Das Einsturzunglück am Stausee. Zu dem bereits berichteten Einsturzunglück am Essener Stausee erfahren wir noch folgende Einzelheiten: Eine etwa acht Meter hohe Holzbrücke, über die das Betonierungsmaterial in Feldbahnwagen befördert wird und sich zwischen der Ufermauer und einer Wand des Krafthauses befindet, stürzte in dem Augenblick ein, als zwei Wagen die Brücke passierten. Vier auf der Brücke stehende Herren der Bauleitung and einige Arbeiter stürzten in die Tiefe. Zwei Herren der Bauleitung und drei Arbeiter erlitten schwere Verletzungen, während die Verletzungen der übrigen leichterer Natur waren. Die beiden Wagen und ein Teil des zusammengebrochenen Holzgerüstes stürzten in eine an der Unfallstelle befindliche Baugrube, in der ebenfalls gearbeitet wurde. Durch rechtzeitige Warnungsrufe konnten sich die hier beschäftigten Arbeiter in Sicherheit bringen. Einige wurden lediglich von den herabfallenden Holzteilen gestreift und erlitten Hautabschürfungen. Wie verlautet, soll das Unglück auf eine Bewegung des als Stützpunkt dienenden Felsens zurückzuführen sein.

Koblenz. Ueberholen fordert ein Todesopfer. Auf der Verkehrsstraße Koblenz-Weißenthurm verunglückte der 47jährige Friedr. Rhode aus Hamburg mit seinem Motorrad tödlich. Er versuchte, einen vor ihm fahrenden Lastzug zu überholen. Dabei übersah er einen aus entgegenkommender Richtung heranbrausenden Personenwagen. Rohde ist, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, in den frühen Stunden des Mittwoch gestorben.

Walsum. Auffindung eines Waffenlagers in Wehofen. Die Polizei hatte vor einiger Zeit Kenntnis erhalten, daß im Ortsteil Wehofen Waffen versteckt seien. Nach umfangreichen Ermittlungen ist es jetzt gelungen, in einem Hause der Schachtstraße Infanteriegewehre und Handgranaten aufzufinden. Die polizeilichen Ermittlungen werden fortgesetzt.

Friedberg i. H. Die Stadt vor Einstellung der Wohlfahrtszahlungen. Die hiesige Stadtverwaltung gibt bekannt, daß sie genötigt sei, in etwa einer Woche die gesamten Zahlungen für die Wohlfahrtspflege so lange einzustellen, bis der Staat seinen Verpflichtungen der Stadt gegenüber nachgekommen sei. Die Stadtverwaltung behauptet, daß der hessische Staat seit etwa neun Monaten von Berlin eingegangene Reichsüberweisungssteuern an die Stadt Friedberg nicht abgeliefert, sondern über die gesamte Summe zweckwidrig verfügt habe.

Frankfurt a. M. Explosion bei J. G. Farben in Höchst. Nachmittags gegen 1 Uhr ereignete sich in dem Werk Höchst der J. G. Farbenindustrie ein schwerer Betriebsunfall. Der 25jährige Laborant Heinrich Schneider war mit chemischen Versuchen beschäftigt, als plötzlich eine Explosion erfolgte. Der Laborant erlitt so schwere Verbrennungen, daß er sterbend ins Krankenhaus gebracht wurde, wo er wenige Stunden später verschied. Durch die Explosion entstand ein kleiner Brand, der jedoch durch die Werkfeuerwehr gelöscht wurde.

Deutsch-holländische Zusammenarbeit

Die Abwässerungspläne für das Grenzgebiet vor der Ausführung

Die seit geraumer Zeit über die Durchführung der Abwässerungspläne in den niedrig gelegenen Ländereien im deutsch-holländischen Grenzgebiet zwischen Kleve einerseits und Nymwegen andererseits geführten Verhandlungen sind jetzt zum Abschluß gekommen. Auf dem Büro des Notars Klaassen, des Deichgrafen für die neue holländische Abwässerungsgemeinschaft Nymwegen-Deutsche Grenze, wurde das zwischen dieser Gemeinschaft und dem Deichverband Kleve-Landesgrenze abgeschlossene Abkommen über die gegenseitige Zusammenarbeit unterzeichnet. Außer den Vorstandsmitgliedern der beiden genannten Körperschaften wohnten dem Unterzeichnungsakt ein höherer Beamter des holländischen Ministeriums für öffentliche Arbeiten und der Oberdeichinspektor in Düsseldorf bei.

Die Abwässerungspläne sehen in der Hauptsache die Errichtung eines großen elektrischen Pumpwerkes bei Nymwegen und den Bau einer Hauptwasserleitung von Nymwegen zur deutschen Grenze vor, wo letztere in eine deutsche Wasserleitung übergehen wird. Das überschüssige Wasser soll bei Nymwegen in den Waal abgeführt werden. Zur Ausführung dieser Arbeiten sollen sowohl holländische als auch deutsche Arbeitslose herangezogen werden.

5,24 Mill. RM. Reichshilfe für Bochum

Aber sie reicht noch nicht aus

Für die Stadt Bochum ergibt sich nach dem Verteilungsschlüssel der Wohlfahrtshilfe für die Gemeinden nach der letzten Notverordnung ein Gesamtzuschuß von 5,24 Mill. RM. Die vom Reich gewährte Beihilfe dürfte jedoch nicht ausreichen, den steigenden Anforderungen der Erwerbslosenfürsorge gerecht zu werden.

Kurz vor der holländischen Grenze gefaßt

Ein galizischer Devisenschmuggler im D-Zug festgenommen

Morgens kurz nach 9 Uhr wurde im D-Zug Düsseldorf—Amsterdam, kurz vor Nymwegen, ein Devisenschmuggler festgenommen. Der Schmuggler war von Düsseldorf aus von einem Kriminalbeamten verfolgt worden, der kurz vor der holländischen Grenze zugriff. Der Schmuggler, ein Galizier, war im Besitz von 18 000 RM. in Tausendmarkscheinen. 15 Scheine hatte er unter dem äußeren Hutband versteckt, 3 zwischen die Butterbrote gelegt.

Arbeiter- und Angestelltenkündigungen im Konzern der Ver. Stahlwerke

Durch die betriebliche Umorganisation im Konzern der Vereinigten Stahlwerke und die Bildung der Gruppe West hat sich die Verwaltung veranlaßt gesehen, etwa 250 Angestellten der kaufmännischen und technischen Betriebe der August-Thyssen-Hütte zu kündigen.

Ferner ist vorgesehen, die zum Konzern gehörende Grube Ameise im Siegerland am 1. September ds. Js. stillzulegen. Von dieser Maßnahme werden rund 200 Arbeiter betroffen. Man will die Grube ersaufen lassen, sie aber unterirdisch an eine benachbarte Grube anschließen, so daß zu einem späteren Zeitpunkt evtl. die Förderung wieder aufgenommen werden kann.

Mündelgelder unterschlagen?

Der Leiter des Jugendamtes Lünen erschießt sich

Wie die Polizei in Lünen mitteilt, wurde der Oberstadtsekretär des Lünener Jugendamtes morgens in seiner Wohnung erschossen aufgefunden. Er unterstand in seiner vormundschaftlichen Fürsorgetätigkeit der Aufsicht des Vormundschaftsgerichtes und sollte einer Ladung des Gerichtes Folge leisten und über die von ihm verwalteten Mündelgelder Rechenschaft abgeben. Ob und in welcher Höhe — es wird von einigen tausend Mark gesprochen — Mündelgelder unterschlagen worden sind, konnte noch nicht festgestellt werden.

„Baron Udo von Pressen"

Als Hochstapler festgenommen — Auch Werber für die Fremdenlegion?

In Waldbreitbach (Kr. Neuwied) wurde ein elegant auftretender junger Mann von etwa 22 Jahren verhaftet, der sich „Baron Udo von Pressen" nannte und dem eine Reihe von Betrügereien zur Last gelegt werden. Er hat u. a. einem Geschäftsmann einen Scheck in Zahlung gegeben, der auf eine Bank in Kassel lautete. Auf die Nachfrage des Geschäftsmannes veranlaßte die betreffende Bank die Verhaftung des jungen Mannes; denn wiederholt seien bei der Bank Beschwerden eingelaufen, die sich auf ein Nichtbestehen von Konten stützten. Nach Untersuchung der Scheckformulare wurde festgestellt, daß bereits 25 Blätter fehlten. Es ist anzunehmen, daß dem Verhafteten eine große Zahl von Betrügereien mit erheblichen Beträgen geglückt ist. Man vermutet, daß es sich um einen steckbrieflich gesuchten Hochstapler handelt, der alle möglichen falschen Namen geführt hat. In einem Lokale in Waldbreitbach hat er ferner an Wanderburschen Briefe aufgegeben, die auch die Vermutung aufkommen lassen, daß es sich um einen Werber für die Fremdenlegion handelt.

Tagung des Rheinischen Vereins für Denkmalpflege und Heimatschutz

Der Rheinische Verein für Denkmalpflege und Heimatschutz hielt am Mittwoch im Schloß Brühl bei Köln seine diesjährige Hauptversammlung ab, die von rund 600 Personen besucht war. In seiner Begrüßungsansprache hieß der Vorsitzende, Oberlandesgerichtspräsident Dr. Schollen, die Gäste willkommen und gab der Tagung die treffende Devise: „Von Saarbrücken bis Kleve", womit gemeint ist, daß Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister aus dem ganzen Rheinland an der Tagung teilnähmen. Insbesondere begrüßte der Vorsitzende den Landeshauptmann Dr. Horion, den Kölner Regierungspräsidenten Elfgen, Frau Dr. Busley, die Gattin des infolge eines Unfalls von der Tagung ferngehaltenen Schriftführers des Vereins, Landesverwaltungsrat Dr. Busley, den Vertreter der Provinz Sachsen, Provinzialkonservator Giesau-Halle, Generalsuperintendent Stoltenhoff-Koblenz, Generalsuperintendent i. R. Prof. D. Klingemann-Bonn, den Vertreter des Kölner Erzbischofs, Domkapitular C. Scholl, Mitglieder des Düsseldorfer Malerkastens und andere Persönlichkeiten.

Der Rheinische Verein, so betonte der Vorsitzende, habe die Aufgabe, alte Kunstdenkmäler beizubehalten wie früher. Deshalb seien auch im Etat keine Abstriche an den Ausgaben für diese Zwecke vorgenommen worden. Für das Jahr 1930-31 wurde dann, vorbehaltlich einer späteren Prüfung, Entlastung erteilt und der Haushalt für das Jahr 1932 genehmigt.

Es folgte dann der Geschäftsbericht, aus dem hervorzuheben ist, daß, soweit die öffentliche Hand die Mittel zur Erhaltung wertvoller Baudenkmäler nicht mehr hat, die Vereine mit ähnlichen Zwecken an ihre Stelle treten müßten. Sodann verlas der Vorsitzende einen Aufruf des Deutschen Bundes Heimatschutz, der sich gegen die Verschandelung wertvoller Baudenkmäler durch politische Agitation wendet.

Im Anschluß daran hielt Professor Dr. Klapheck-Düsseldorf einen Vortrag über rheinische Barockschlösser, in dem er insbesondere die Idee des Kurfürsten Friedrich August erörterte und Vergleiche zwischen den einzelnen im Rheinland erhaltenen Barockbauten zog.

Provinzialkonservator Graf Metternich-Bonn verbreitete sich anschließend in einem von großer Sachkenntnis getragenen Vortrag über das Brühler Schloß im besonderen.

Am Nachmittag fanden sich die Teilnehmer zu einer Kammermusikstunde im Musiksaal des Schlosses zusammen, wobei Dr. Reyses-Düsseldorf den letzten Vortrag über Musik und Architektur in der Barockzeit hielt.

Mit der Tagung waren Besichtigungen des Schlosses, seiner Umgebung und der Franziskanerkirche verbunden.

Schweres Flugzeugunglück in Gelsenkirchen — Zwei Schwerverletzte

Am Donnerstagabend gegen 20 Uhr stürzte das Flugzeug „D 1921" der Essener Flugzeug-Gesellschaft über dem Flughafen Gelsenkirchen in der Nähe des Schwarzbaches beim Nehmen einer linken Kurve aus einer Höhe von 70 bis 80 Meter ab. Das Flugzeug, dessen Spitze sich in den Erdboden bohrte, wurde total zertrümmert. Die beiden Insassen wurden schwer verletzt aus den Trümmern hervorgezogen. Einer von ihnen, Arthur Kukins, Essen, Herthastr. 7 wohnhaft, erlitt einen Oberschenkelbruch, einen Armbruch sowie erhebliche Gesichtsverletzungen, während der zweite Insasse, Josef Kamp, Essen, Steeler Str. 37 wohnhaft, einen Knöchelbruch am rechten Fuß sowie erhebliche Gesichtsverletzungen davongetragen hat. Beide wurden in das evangelische Krankenhaus gebracht. Ihr Zustand ist lebensgefährlich.

Das Wetter von heute und morgen

Bewölkungszunahme und Gewitterregen mit leichter Abkühlung, frische südwestliche Winde.

Diese Ausgabe umfaßt 10 Seiten
einschl. „Landmanns Sonntagsblatt"

Verantwortl. Schriftleiter:
i. V. Josef Maaßen, Burscheid.
Druck und Verlag: Hermann Claas,
Burscheid, Mittelstraße 10.



KARNER DER DIKTATOR

VON WOLFGANG MARKEN

URHEBERRECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER WERDAU·SA

Sie schmeichelte so lange, bis er nachgab. Den letzten Widerstand besiegten ihre Liebkosungen.

„Gut, du sollst deinen Willen haben! Morgen, nach der Sitzung — ich hoffe, er wird ihr nicht beiwohnen — bitte ich ihn zu mir. Du sollst ihn sehen, aber . . . nicht sprechen."

Feodora war es zufrieden.

* * *

Die nächste Sitzung des allrussischen Kongresses stand im Zeichen einer großen, phrasenhaften Geschwätzigkeit. Der kleinste Deputierte glaubte, seine Meinung zum besten geben zu müssen. Karner erkannte, daß die Geister, die er wach rief, noch nicht wieder zur Ruhe gekommen waren, und verließ gegen zwei Uhr die Sitzung.

Als er wieder im Hotel war, fand er die Einladung des Staatspräsidenten Tanoff vor.

Er zeigte sie Marie-Anne und seinen Freunden.

Maxim Donell zog die Brauen hoch.

„Hm! Was hat das zu bedeuten?"

„Eine Aussprache, lieber Donell," sagte Karner ruhig. „Und ein Versuch, mich umzustimmen."

„Sie können recht haben, Herr Karner. Ich wittere vielleicht zuviel Gefahr, selbst da, wo sie nicht da ist. Aber ich denke daran, daß dieser Tanoff, der jetzt Präsident ist, einst der Leiter der blutigen Tscheka war."

„Die Tscheka! Arbeitet die immer noch?"

„Leider! Sie besteht inoffiziell weiter. Ihr jetziger Leiter ist der Genosse Karel Tolgran. Man sagt, er sei ein gebürtiger Finne. In die Oeffentlichkeit kommt nichts vom Wirken der Tscheka, aber es verschwinden doch hin und wieder unbequeme Leute, denen man aus irgendwelchen Gründen nicht den Prozeß machen kann. Man wird nie richtig hinter die Kulissen der Tscheka schauen können."

Karner nickte zu den Ausführungen und sah wieder auf die Einladung.

„Ich werde zu Tanoff fahren. Der Mann ist mir zuwider und ich halte ihn für unfähig."

„Er ist es bestimmt. Die Partei hat ihn zum Präsidenten gemacht, nicht das Volk," war Donells Antwort.

* * *

Der Präsident empfing Karner mit der größten Liebenswürdigkeit. Er bewirtete ihn, und dann kamen sie langsam auf den Kern der Sache zu sprechen.

Karner staunte über die kluge Art der Einladung und merkte, daß Tanoff über eine tüchtige Portion natürliche Schlauheit verfügte. Aber er schien ihm nicht ehrlich in seinen Worten und Schmeicheleien.

Der Präsident versuchte Karner auseinanderzusetzen, daß das neue Rußland doch auf dem Sowjetsystem aufgebaut sei und daß es sehr zur Beunruhigung des Volkes beitragen würde, wenn die Regierung von ihrem Parteiprogramm auch nur ein wenig abwiche.

Karner warf ein: „Das vermag ich nicht zu verstehen. Der Umstand, daß sich die russische Regierung auch heute noch an das Programm einer Partei, das dem Wesen des russischen Volkes in seinen Grundzügen durchaus fremd ist, bindet, ist ja schuld, daß Rußland nicht weiter kam, daß es sich in eine Sackgasse verrannt hat. Setzen Sie an die Stelle der Partei das Volk, bauen Sie auf einer breiten Grundlage, die alle Volkskreise einschließt, und Sie kommen weiter."

„Es geht nicht, daß wir von der Herrschaft der Masse wieder zur Herrschaft der Persönlichkeit kommen. Masse muß Persönlichkeit werden. Dieser Prozeß dauert lange, das ist nicht zu leugnen."

„Masse kann nie Persönlichkeit werden!" sagte Karner bestimmt. „Erwarten Sie nie das Gelingen eines solchen Prozesses. Blicken Sie in die Natur, die uns Lehrmeister in allen Dingen sein soll: Selbst das Tier kennt Führer. Und das Volk braucht sie genau so. Nie wird der Individualisierung, die Vergeistigung des Volkes einen solchen Grad erreichen, daß das Volk in seiner Gesamtheit führend werden kann. Das widerspräche den Naturgesetzen. Nicht jeder kann ein Eckpfeiler sein, zum Hausbau werden auch Mauersteine gebraucht. Das vergegenwärtigen Sie sich, Herr Präsident."

„Herr Karner," warf der Präsident ein, „der Sowjetstaat bekämpfte im Anfang das Eigentum. Die Verhältnisse haben ihn zu einer Milderung in dieser Hinsicht gebracht, wenigstens vorläufig. Denn Eigentum ist Raub und widerspricht doch den Gesetzen der Natur. Erlauben Sie mir, daß ich in Ihre Fußstapfen trete."

Karner lächelte.

„In der Natur gibt es kein Eigentum? O, Herr Präsident, wie schlecht kennen Sie die Natur! Es gibt Eigentum in der Natur, bei Tieren, sogar bei Pflanzen. Es sollte sich zum Beispiel ein Fuchs einmal in einen fremden Fuchsbau wagen, Sie würden schauen, wie man ihn hinausbeißt. Und die Kastanie, die unter dem Mutterbaume zu treiben anfängt, sie kommt nicht hoch. Der Platz wird ihr streitig gemacht vom Mutterbaum. Er nimmt ihr die Sonne und läßt sie nicht gedeihen. Der Platz gehört dem Mutterbaum. O, die Natur ist sehr konsequent in solchen Dingen. Der Vergleich stimmt nicht, Herr Präsident."

Tanoff fühlte immer mehr, daß er dem überlegenen Geiste Karners nicht gewachsen war. Krampfhaft versuchte er die menschliche Berechtigung des Sowjetgeistes nachzuweisen, aber es gelang ihm nicht.

Karner sagte zum Schluß: „Setzen Sie den Parteigeist ab und an seine Stelle den Geist der Freiheit und reinen Menschlichkeit."

„Ja!" erscholl es plötzlich hinter ihnen. Eine weibliche Stimme hatte dieses Wort gesprochen.

Die Köpfe der beiden Männer fuhren herum.

Tanoffs Antlitz verzerrte sich.

Feodora Lomary stand in der Tür. In ihren dunklen Augen lag fanatische Begeisterung, die erhöhte ihre Schönheit. Wie eine altgriechische Göttin wirkte sie in ihrem Stilgewand.

Feodora trat langsam heran, blieb dicht vor Karner stehen, sah ihn mit flammenden Augen an und sagte mit leidenschaftlich erregter Stimme: „Herr Karner, ich habe Ihre Worte gehört, ich habe gestern Ihren Reden gelauscht. Lassen Sie mich Ihnen sagen, wie sehr ich Sie verehre. Sie sind wahrhaftig groß, denn Sie haben den Mut zur Wahrheit. Sie wagten es, die Diktatur zu fordern. Lassen Sie mich mitarbeiten an Ihrem Werke, Herr Karner!"

Karner sah das schöne Weib lange an. Er spürte den Haß, der von Tanoff kam.

„Jeder Helfer ist mir wertvoll, mein Fräulein. Aber sagen Sie mir: Wen habe ich vor mir?"

„Ich bin Feodora Tomary. Es gab einst ein Fürstengeschlecht in Rußland, die Tomarys. Ich stamme von ihnen ab. Lassen Sie mich mit Ihnen arbeiten, Herr Karner. Ich liebe Rußland."

Karner sah vor sich hin.

„Fräulein Tomary," sagte der große Entdecker dann freundlich, „bitte, besuchen Sie mich morgen im Hotel. Man wird Sie vorlassen."

„Ich komme, Herr Karner! Ja, ich komme!" sagte sie begeistert. Aber Tanoff warf sich ins Mittel. Mühsam der Stimme Ruhe und Festigkeit gebend, sagte er: „Meine Liebe, willst du dein Leben auf einmal in so fremde Bahnen lenken? Es wird dich bald reuen, dein bequemes Leben aufgegeben zu haben."

„Ich liebe Rußland!" sagte das junge, schöne Weib leidenschaftlich, und ein starker Wille war in ihren dunklen Augen.

* * *

Als Tanoff mit Feodora allein war, entlud sich seine Wut. Er packte sie roh an den Handgelenken und schrie sie an: „Bist du toll?! Was fällt dir ein, unsere Unterredung zu stören? Ich war im Begriffe, Herrn Karner umzustimmen. Und du kommst dazwischen und . . . daß ich nicht lache . . . bietest dich als Helfer an."

Feodora lachte höhnisch auf.

„Du . . . ihn umstimmen? Das ist, als wenn ein Mensch an einem Felsen rütteln wollte. Mache dir keine Illusionen. Deine Tage als Präsident sind gezählt. Ein Mächtigerer ist über dich, über das Land gekommen. Karners Kraft strömt durch Rußland, die Kraft seines Herzens . . . nicht seine gewaltige Urkraft, die für Rußland arbeiten soll."

„Nie . . . nie!" zischte Tanoff wütend. „Nie wird er über Rußland herrschen, es sei denn, er ordnet sich der Sowjetpartei unter."

„Das tut er nicht. Er will das Höchste, nicht Stückwerk."

Die beiden Menschen standen sich gegenüber. Haß loderte aus ihren Augen. Sie wußten, daß viel, daß alles auf dem Spiele stand.

„Du wirst nicht zu Karner gehen!" sagte Tanoff heftig.

„Ich gehe zu Karner! Ich gehe von dir . . . ich hasse dich! Ich hasse euch alle, ihr, die ihr das Schlechte mit dem noch Schlechteren ersetztet. Was habt ihr geschafft? Nichts! Ihr habt Rußland nicht frei gemacht. Ihr habt das Volk betrogen!"

„Hüte dich!" sagte Tanoff. „Hüte dich!"

Sie trat mit geballten Fäusten dicht zu ihm und sah ihn wild an.

„Hüten soll ich mich, mein Freund? Feodora ist frei! In einer Laune, die ich heute nicht verstehe und der ich mich schäme, kam ich zu dir. Ich gehe von dir. Du willst mir schaden? Ah, ich kenne deine Gedanken . . . ich weiß, du denkst an die Tscheka, die mich zum Gehorsam bringen soll."

Tanoff biß die Zähne zusammen und schwieg.

Noch einen Blick warf er auf das schöne Weib, dann wandte er sich und verließ wortlos das Zimmer.

Lange starrte ihm Feodora Tomary nach.

* * *

Am Abend suchte Tanoff das junge Weib in seinem Zimmer auf.

Er fand sie am Fenster stehend, auf Moskau blickend.

„Wirst du zu Karner gehen?"

„Ja!"

„Du wirst nicht zu Karner gehen. Ich sende dich noch heute in den Kaukasus. Dort bleibst du und wartest, bis ich komme. Sobald die Episode Karner für uns und damit für Rußland erledigt ist, nehme ich meinen Urlaub und komme."

Sie starrte ihn an, als habe sie ihn nicht richtig verstanden.

„Sobald die Episode . . . erledigt ist!" sagte sie langsam und ließ keinen Blick von ihm. „Das wagst du, der Präsident dieses Landes zu sprechen. Das Größte soll Rußland erfahren, ein Geschenk ohnegleichen soll Rußland aus der Hand Karners erhalten, und du, ihr alle wollt es verhindern, weil es euch nicht genehm ist, weil dieser Gigant über euer enges Parteiprogramm hinausgeht. Das heißt Rußland verraten!"

Tanoff ging auf ihre Worte nicht ein.

„Du wirst reisen!"

„Nein!"

„Dann werde ich dich zwingen!"

„Wage es!"

Ein grausamer Zug erschien auf seinem Antlitz.

„Ich wage es!" sagte er ruhig und trat zur Tür. Er öffnete sie, und vier Soldaten traten ein.

Feodora Tomary wurde blaß und zitterte, aber sie hatte sich bald wieder in der Gewalt.

„Du . . . gibst mich der Tscheka?"

„Ja! Du wirst solange unter der Obhut der Tscheka sein, bis die Episode Karner vorbei ist und du den Wunsch äußerst, wieder zu mir zurückzukehren."

Mit einem Blick unsäglicher Verachtung sah sie ihn an. Sie sprach kein Wort, sondern kleidete sich an und folgte den Soldaten nach dem Wagen.

Das Volk in der Nähe des Präsidentenpalastes aber erkannte den Wagen. Sie sahen einander an und flüsterten: „Die Tscheka hat wieder ein Opfer geholt. Aus des Präsidenten Nähe! Wer mag es sein?"

* * *

Am nächsten Tag war keine Sitzung des allrussischen Kongresses.

Genosse Bentschikow suchte seinen Chef auf und fand ihn übelgelaunt.

„Was gibt es, Bentschikow?" fragte Tanoff.

„Viel und nichts Gutes!" entgegnete der Sekretär. „Nachrichten aus allen Teilen Rußlands, die erkennen lassen, daß das russische Volk von Karners Reden begeistert ist. Warum mußten wir seine Reden durch den Moskauer Sender in die Welt funken?!"

„Der allrussische Kongreß steht gegen Karners Verlangen?"

„Ja . . . und auch wieder nein! Das ist schwer zu beurteilen. Die Mehrzahl steht wohl noch hinter dem Sowjetgedanken, will nicht davon abgehen, aber . . . die Genossen Karmasoff und Kalycin bearbeiten einen Deputierten nach dem andern und anscheinend nicht ohne Erfolg. Bestimmt stehen fast alle Vertreter des asiatischen Rußlands Karner wohlwollend gegenüber. Morgen muß die Entscheidung fallen. Entweder Karner oder Sowjetrußland. Das Rußland, das Karner aufbauen wird, hat mit dem Sowjetrußland keine Aehnlichkeit mehr."

Tanoffs Hände spielten nervös auf der Schreibtischplatte.

„Unfaßbar ist mir alles!" stieß er dann hervor. „Kommt ein einzelner Mann nach Rußland, stellt sich vor den allrussischen Kongreß und diktiert seine Wünsche. Verstehst du das, Bentschikow? Und sie hören ihm zu, werfen sich ihm entgegen, aber keiner kommt auf den Gedanken, daß es das gescheiteste für Rußland wäre, diesen Mann über die Grenze abzuschieben."

Bentschikow lachte kurz auf.

„Ja, lieber Tanoff, Karner ist ein gewaltiger Faktor in der Welt, mit dem zu rechnen ist. Das hat er bewiesen und das mußten wir wissen, als wir ihn riefen."

„Wir haben ihn nicht gerufen!" sagte Tanoff heftig. „Genosse Karmasoff handelte eigenmächtig."

„Ja, aber die Regierung hat es stillschweigend gebilligt. Keiner war allerdings darauf vorbereitet, daß dieser Mann mit solch gewaltigen Forderungen kommen würde."

Tanoff überlegte lange.

„Ich weiß, welch ungeheuere Bedeutung der Mann hat, ich weiß, daß Rußland viel von ihm haben würde. Ueber eins kommen wir nicht hinweg; an unserem Programm des Sowjetstaates darf nicht gerüttelt werden. Lieber muß Rußland auf Karners Werk verzichten."

Finster blickte Bentschikow vor sich hin. „Wenn das jetzt noch möglich ist. Auf alle Fälle muß der allrussische Kongreß rasch entscheiden und auf keinen Fall dürfen Karners Reden weiter auf den Moskauer Sender übernommen werden."

„Ich werde heute noch Befehle in dieser Hinsicht geben."

* * *

Das russische Volk war aufgewühlt.

Arbeiterschaft und Bauernschaft in gleichem Maße standen hinter Karner, denn sie waren es, die die Knechtung am heftigsten spürten.

Besonders die Bauernschaft Rußlands war von Karners Worten begeistert. Denn große Einschätzung erfuhren sie durch Karners Worte, der den Mann, der das Land bebaute, an die erste Stelle stellte. Was nützte es ihnen, daß sie jetzt wieder die Herren ihres Bodens waren, was nützte ihnen aller Fleiß und noch so gute Ernten? Die Kommissare nahmen ihnen einen großen Teil als Steuer weg, und dann war nur das Getreide billig, alle anderen Dinge, die zum Leben gehörten, aber unerschwinglich teuer.

Der Arbeiter lebte schlechter denn je.

Unendlich viel Arbeitslose gab es, um die sich die Regierung kaum kümmerte. — —

Am dritten Tag, da Karner in Moskau weilte, kamen Tausende und Abertausende von begeisterten Bauern nach Moskau gezogen und jubelten Karner zu.

Ganz Moskau war aufs tiefste erregt.

Natürlich blieb die spontane Begeisterung für den Mann und sein Werk nicht ohne Eindruck auf die Vertreter des allrussischen Kongresses. Karmasoff und Kalycin arbeiten mit Hochdruck.

Unzählige Konferenzen pflegten sie an diesem Tage, und sie versuchten in vorsichtiger Weise für Karner einzutreten.

* * *

Aber auch das Ausland, Deutschland vor allen Dingen und die alliierten Siegerstaaten, standen im Zeichen größter Erregung.

Der englische Ministerpräsident fuhr im Flugzeug nach Paris und nahm dort mit dem Minister des Auswärtigen Rücksprache, an der sich auch der Gesandte Italiens beteiligte.



Idylle aus Lausanne

Wann wird es zu Ende sein?